INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

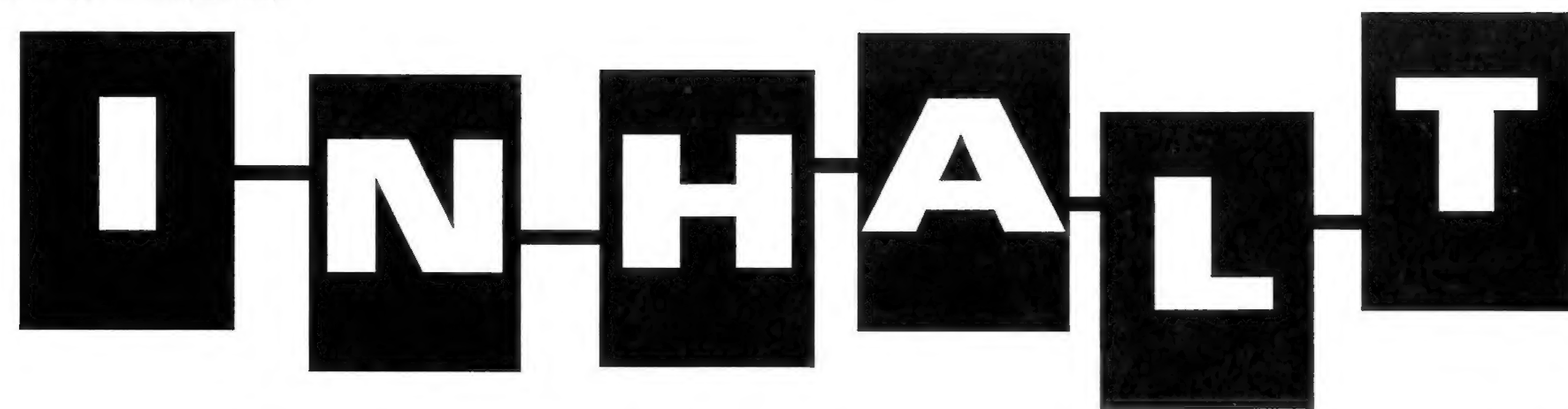
Bundesministerium des In

mit Kurdistan Schwerpunkt

Otto Schily: Arsch '98

Nr. 466

17. Dezember 1998



7.12.98 3S

In der letzten Woche haben wir einen Großteil des
Baumbestandes im Bürgerpark mit Metallstiften vernagelt,
um dem Einsatz von Motorsägen einen Riegel vorzuschieben.
Verstärkt wurden so alle Bäume auf der Fläche der VW-Mehr-
zweckhalle, gegen die sich die Aktion symbolisch und praktisch
wendet. Wir sehen die Halle als Symbol für die moderne Herrsch-
aftssicherung im Sinne der neoliberalen Propaganda - als Symbol
für die Spaltung der Gesellschaft in ausgegrenzte Arme und
sich Bereichernde und dem zunehmenden gesellschaftl. und polit. Ein-
fluß des VW-Konzerns in der Region Braunschweig/Wolfsburg.
Dem setzen wir Entschlossenheit entgegen! Das kapitalistische System
zu bekämpfen heißt schon die regionalen Machtbestrebungen der
Führungselite, gerade vor dem Hintergrund des Konkurrenzkampf-
es u. Ellbogenprinzips in Folge der Auseinandersetzung der
Städte, Länder u. Staaten um Standortvorteile u. resultierend daraus
die Entsolidarisierung der Gesellschaftsmitglieder, die Ver-
teilung der Besitzgüter von „unten nach oben" deraus rein
wirtschaftlichen Interessen heraus geplanten Aus-
grenzung als „andersartig" dargestellten Bevölker-
ungsgruppen mithilfe des Ausbaus des Polizeiapparates
u. Überwachungssystemen im Rahmen der Methode „Innere
Sicherheit" und der Strategie der deutschen Politik u.
Industrie über die EXPO ihre Nazivergangenheit abzu-
streifen, um den deutschen Weltführungsanspruch sowie
den ungehinderten Zugriff auf Märkte und Ressourcen
durch ihre militärisch-imperialistischen Außenpolitik
durchzusetzen, anzugreifen!

Stopp dem Hallenbau! VW enteignen! Nieder
mit dem Scheiß-System!

Commando Eduard Zimmermann

C E Z

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Herausgeberin:
Interim e. v.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

KØPI VERTEIDIGEN !

Da der eigentliche Besitzer der KØPI, Volquard Petersen, pleite ist, hat das Amtsgericht Mitte eine Zwangsversteigerung des Hauses angeordnet. Dazu existiert ein Wertegutachten, das bereits die eventuellen Räumungskosten beinhaltet. Es gibt schon Bebauungspläne, aber auch ein Abriß wird in Betracht gezogen. Deswegen laden wir alle Interessierten, die sich informieren oder engagieren wollen, ein, am

SONNTAG, DEM 20. DEZEMBER UM 16.00

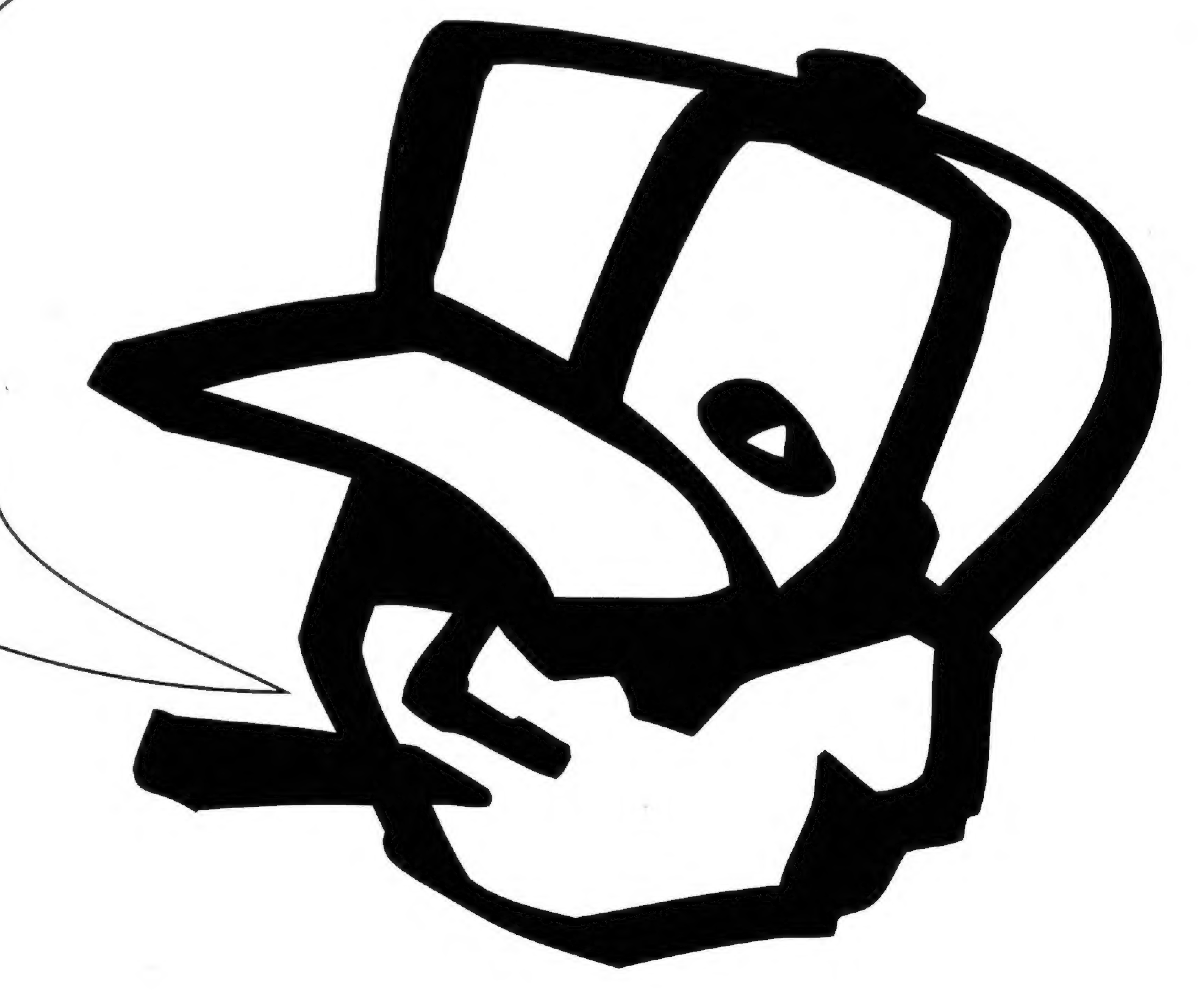
zu einer öffentlichen Vollversammlung in die KØPI zu kommen, um zu überlegen, was wir gemeinsam tun können.



Hallo

zum Jahresende. Weil ihr nächste Woche auf die gewohnte Donnerstagslektüre verzichten müßt, gibt es diesmal gleich zwei Hefte in einem. Den angekündigten Schwerpunkt zu Kurdistan findet ihr in der Mitte als "Heft im Heft". Ansonsten herrscht eine regelrechte Jahresendstimmung in diesem Heft. Am Ende von 1998 präsentieren wir Euch zwei "Ärsche '98" - zwei, die uns in diesem Jahr besonders genervt haben: Der neue Innenminister Otto Schily benimmt sich wie eine Doublette von Kanther & Co und meint es politisch auch noch so. Zwar will er eine doppelte Staatsbürgerschaft, aber am rassistischen Asylkompromiß nichts ändern. Für ihn ist das Boot schon längst voll. Ein Einwanderungsgesetz lehnt er auch ab. Den großen Lauschangriff findet er sowieso klasse. Zweiter "Arsch '98" ist der Nationalist Martin Walser, der mit seiner Rede mal wieder einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen wollte.
Die beiden Ärsche zeigen, was wir von dem Jahr 1999 und der "Berliner Republik" zu erwarten haben: Ein noch stärkeres deutsches Selbstbewußtsein und eine Schlußstrichideologie, die den Holocaust zum historisch unbedeutenden Zwischenspiel ohne Relevanz für heute erklärt.
Sieht so aus, als gäbe im nächsten Jahr also viel zu tun und natürlich gibt es dann auch wieder die Interim, die nächste Ausgabe erscheint am 14. Januar.

Viel Spaß beim Glühwein- und Sekttrinken!!!





Bonnlein, wechsle Dich!

Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber war einer der Leitsprüche der autonomen Westszene in den Jahren vor dem Mauerfall. Die Situation gibt es jedoch schon lange nicht mehr. Mit dem Anwachsen des rechtsextremen Potentials und der realen Bedrohung durch die Neonazis auf der Straße hat sich schon lang durchgesetzt, daß allein zur Verhinderung von Nazis in den Parlamenten der Gang an die Urne auf der Tagesordnung steht. Mit der PDS kam dann für viele von uns - trotz reaktionär-bürgerlicher Elemente innerhalb dieser Partei - noch eine Option hinzu. Niemand hat sich von der PDS Wunder versprochen, gerade wegen der Zusammensetzung der Ostpartei. Auch ist klar, daß Systemopposition und Parlamentsangehörigkeit kaum längerfristig zusammen existieren können. Aber im Gegensatz zu den Grünen und der SPD ist die Opposition der PDS grundlegend. Trotz breiter Wahlbeteiligung der radikalen Linken wird kaum jemand durch die Regierungsübernahme von Rot-Grün an grundlegende politische Veränderungen glauben.

Aber trotzdem ändert sich jetzt mit dem Wechsel der Bundesregierung was. Leider nicht nur zum Guten. Grund in den vorbehaltlosen Jubel über die Machtübernahme der 68er miteinzufallen gibt es kaum. Genauso naiv allerdings ist eine noch immer weit verbreitete Haltung, das Ganze nur für einen neue Anstrich zu halten. (Zumindest wenn wir hier von ganz konkreten praktischen Fragen der Politik in der Bundesrepublik zwischen Wiedervereinigung und Neoliberalismus sprechen. Philosophische und sicher wahre Wahrheiten bringen uns ohnehin in diesem Kontext wenig weiter.)

Auch viele Wurzeln der Autonomen und sonstigen linksradikalen Bewegung in der Bundesrepublik gehen zurück auf bürgerrechtliche, friedensbewegte, ökologische und emanzipatorische Forderungen, aus denen die Grünen entstanden sind - und aus denen sich im Übrigen auch die Sozialdemokratie erneuert hat.Die Betonung des Kampfes gegen Bonzen in Politik und Wirtschaft hat die Linksradikale in der Bundesrepublik nach 68 auch nicht alleine erfunden. Und selbst in unseren Schwächen ziehen wir oft mit den Grünen gleich: Der ideologische wie der praktische Kampf gegen das Kapital ist hier wie dort dramatisch unterbelichtet.

Bei Themen wie Antirassismus und Antifaschismus sind die Ökos heute oft unsere BündnispartnerInnen (für diejenigen unter uns zumindest, die Bündnisse eingehen). Kurz: daß die Grünen mitregieren hat auch etwas mit den Linksradikalen zu tun und verändert uns alle damit auch. Leugnen zwecklos. Auch die InternationalistInnen etwa sind mit neuen Konstellationen im Land konfrontiert, die Anti-AKW-Bewegung hat es plötzlich mit Jürgen Trittin

JANUAR

•13 Glatzen verletzten in Magedeburg einen Punk in der Wohnung seines Freundes Peter Böttcher lebensgefährlich, genau ein Jahr zuvor, hatten Naziglatzen den Bruder von Peter Böttcher, Frank, ermordet
• Bundesregierung und Jewish Claims Conferende vereinbaren nach jahrelanger Weigerung der Bundesrepublik eine Entschädigung der osteuropäischen Überlebenden des Holocaust.
• Untersuchungsausschuß zu Rechtsextremismus in der Bundeswehr fängt mit seiner wenig ergiebigen Arbeit an
• Bundestag beschließt den Großen Lauschangriff
• Nazis marschieren in Dresden gegen die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht auf
• Wegen der Beteiligung an der rassistischen Versorgungspraxis von flüchtlingen werden mehrere Anschläge auf Einrichtungen der Sorat GmbH verübt
• Bundesweite Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Berlin mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen

zu tun. Man kann sich darüber freuen, daß ein positiver Entwicklungsschub eingetreten ist. Man kann beklagen, daß eine pseudo-emanzipation ansteht. Es verändert auf jeden Fall die Perspektive von Linksaußen.

Linksradikale Politik war auch in der Vergangenheit zumeist auf Zweckbündnisse angewiesen - und meist in dem Spektrum, in dem die Grünen beheimatet sind. Nicht erst seit der konservativen Entwicklung der vergangenen beiden Jahrzehnte steht linksradikale Politik in der Bundesrepublik doch für Teilbereichskämpfe, für eine unsystemische ad hoc-Politik, für - um es hart zu formulieren - eine demokratisierende Militanz. Im Eingeständnis dessen sollte man es jetzt ruhig nutzen, die Grünen in den Bonner Sesseln zu wissen und sie mit der Realität scharfkantig einzudecken.

An der Politik der Bundesregierung hat sich überraschender Weise schon einiges zum Positiven gewendet. Lafontaine wagt es immerhin, der Wirtschaft und insbesondere der Bundesbank mit staatlichen eingriffen zu kommen. Tatsächlich werden einige seiner politischen Schwerpunkte (sowohl der Zinssenkung als auch des Teilwiederaufbaus des Sozialstaates) umgesetzt. Sowohl die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall als auch die verminderte Zuzahlung zu Arzneimitteln sind bereits durch den Bundestag gegangen. Die Globalisierung und die neoliberale Aushöhlung der sozialstaatlichen Prinzipien wie der demokratischen Strukturen wird diese SPD nicht aufhalten - erst recht nicht mit dem Genossen der Bosse auf dem Kanzlerstuhl. Aber angesichts der drastischen Einschnitte unter CDU/CSU/FDP sind die sozialdemokratischen kleinen Schritte eine Erleichterung. (Es sei denn nach den letzten zehn Jahren und dem Erstarken des Rechtsextremismus glaubt noch jemand an die Zuspitzung der Verhältnisse). Nur um Täuschungen auch zu vermeiden: Den Bündnisgrünen haben wir diese sozialen Maßnahmen sicher nicht zu verdanken, die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer hat sicherlich mehr politische Gemeinsamkeiten mit dem Neoliberalen Westerwelle als mit Oskar Lafontaine. Teilzeitarbeit, Lohnfortzahlung, Bündnis für Arbeit immerhin kleine Lichtblicke. Dann das neue Staatsbürgerschaftsrecht, trotz Schilys scharfer Rechtskurve eine notwendige Liberalisierung. Mit Blick auf Schilys Marschrichtung - Lauschangriff, Schleierfahndung, Boot ist voll - wird aber auch deutlich, welchen Kurs insgesamt diese Regierung fährt: Sozialstaat etwas stärken, Repression und Innere Sicherheit anziehen, Antiquierte Relikte abbauen und die Orientierung auf Modernisierung mit viel Populismus - gelegentlich auch nationalem - garnieren.

Wie sich zumindest in Frankreich zeigt, birgt eine sozialdemokratische Regierung nach langer konservativer Herrschaft ein Potential, empfänglich zu sein, für Forderungen und Widerstand gleichermaßen von links.



Bundestagswahl

FEBRUAR • MÄRZ

Februar

- Berlin läßt Innensenator Jörg Schönbohm das letzte besetzte Haus räumen
- Antifas demonstrieren gegen NPD- Bundeskongress in Passau
- Ernst Jünger, der Held der Erzkonservativen und Vorbild der Neuen Rechten, gibt den Löffel ab
- Der Prozeß gegen angebliche Macher der Interim wird mangels rationaler Argumente eingestellt

März

- Erich Priebke und Karl Hass, beides SS-Verbrecher, werden in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt
- In Saalfeld (Thüringen) demonstrieren Antifas gegen die rechten Strukturen in der Stadt und gegen eine Gemeinde, die solche Strukturen sowohl zuläßt als auch unterstützt
- Am selben Tag versammelt die NPD in Saalfeld Glatzen zu einem Demonstrationsmarsch
- Auch in Lübeck marschieren an dem Tag Nazis
- Eine Woche später wird in

So unangenehm leben, wie nur irgend möglich: Das Asylbewerber-leistungsgesetz



Ein wichtiges Thema in diesem Jahr war auch wieder das Asylbewerberleistungsgesetz, was noch einmal verschärft wurde. Allerdings noch unter der alten Bundesregierung. Rot-Grün hat sich zu dem Gesetz noch nicht dezidiert geäußert. Es ist jedoch zu befürchten, daß sich daran nicht viel ändern wird.

Das Gesetz ist eines der Themen in diesem Jahr, wogegen die (radikale) Linke immer wieder protestiert hat. Mit ganz unterschiedlichen Aktionen: Demonstrationen von bürgerlichen Gruppen und Kirchen, Anschläge auf den Sorat-Konzern in Berlin und auf Lebensmittelketten wie Kaisers und Spar, die sich an dem rassistischen Betreiben beteiligen wollten, daß Flüchtlinge und AsylbewerberInnen nur mit Chipkarten oder Wertgutscheinen einkaufen können.

Wir halten weitere Proteste gegen dieses Gesetz für außerordentlich wichtig, denn es rassistisch und verletzt im krassen Maße die Menschenwürde. Das Gesetz beinhaltet die Strategie, die Existenz von Flüchtlingen in Deutschland so unerträglich wie möglich zu machen, indem den betroffenen Menschen die materielle Grundlage weitestgehend entzogen wird (Arbeitsverbot, Kürzung oder Streichung von Sozialleistungen), sie rechtlichen und alltagspraktischen Schikanen ausgesetzt sind und sozial isoliert werden (Heimunterbringung). Verknüpft ist damit das innenpolitische Interesse, daß unter dem Stichwort Sicherheitspolitik läuft, über Flüchtlinge und AsylbewerberInnen eine möglichst lückenlose Kontrolle auszuüben. Maßnahmen wie der Zwangseinkauf mit Chipkarte (Berlin ist hier Vorreiter) oder die Unterbringung in Sammelunterkünften verdeutlichen die Schikane.

Im folgenden soll es noch einmal einen kurzen Abriß über das Gesetz geben :

Das Gesetz wurde bereits 1993 beschlossen. Asylbewerber erhalten seitdem 20 Prozent weniger Sozialhilfeleistungen als der normale Satz. Es soll „Vorrang gegeben werden", sie in Sammelunerkünften unterzubringen. Außerdem erteilt das Gesetz der Gewährung von Sachleistungen (Freßpakete, Kleidung etc.) Vorrang gegenüber Bargeld. Jedes Bundesland verfährt hier äußerst unterschiedlich. Medizinische Hilfe ist nur bei akuten Erkrankungen statthaft.

1997 wurde das Asylbewerberleistungsgesetz novelliert. Das bedeutet, daß die Leistungskürzungen nicht mehr für AsylbewerberInnen während des ersten Jahres ihres Verfahrens gelten, sondern volle drei Jahre lang. Auch der Personenkreis wurde ausgedehnt: Die alte Fassung sah vor, daß nur Asylsuchende betroffen sind, die seit mehr als einem Jahr in Deutschland leben und AusländerInnen mit einer Duldung analog den Regelungen des BSHG. Seit 1997 wurde sie auch auf Bürgerkriegsflüchtlinge

APRIL • MAI

Saalfeld die 14jährige Jana Georgi von einem gestörten Möchtegern-Nazi erstochen

• Der Castor-Transport wird von Bullen nach Ahaus durchgeprügelt

April

• In einem achtseitigen Schreiben gibt die RAF ihre Selbstauflösung bekannt.

• Nach einem finanziell hochkarätigen, personell nur mit Idioten ausgestatteten Wahlkampf zieht die DVU mit 12,9 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein

• In Leipzig finden die ersten Weltfestspiele der HausbesetzerInnen statt

Mai

• Am 1. Mai halten etwa 4000 Nazis in Leipzig eine Kundgebung ab. Den ganzen Tag versammeln sich Glatzen und bürgerliche Rechtsextreme vor dem Völkerschlachtdenkmal. Die NPD hat dort die Neonzi-Kameradschaften wie das eigene Parteivolk versammelt, auch die Anti-Antifa ist stark vertreten. Eine Demonstration wurde untersagt. Mit dem Verbot der Kundgebung war die Stadtverwaltung an den





ausgeweitet. Statt 60.000 fielen damit 500.000 Menschen unter das Sondergesetz.

Im Juli wurde das Gesetz erneut verschärft: Danach müssen abgelehnte Asylbewerber, die sich nachweisbar in Deutschland „Sozialleistungen erschleichen" wollen (so der Gesetzestext), mit massiven Kürzungen rechnen, ebenso diejenigen, die versuchen ihre Abschiebungen zu verhindern, indem sie beispielsweise ihre Ausweispapiere vernichten. Von weiteren Leistungskürzungen ausgenommmen sind Menschen mit dem Status einer Duldung wie Flüchtlinge aus Bosnien.

Berlin ist hier Vorreiter. So drängen Berliner Sozialämter immer mehr Flüchtlinge durch abgelehnte Sozialleistungen zur Rückkehr. Über 100 Fälle sind bei Flüchtlingsorganisationen inzwischen bekannt, in denen die Ämter auch die minimalen Grundleistungen für Unterkunft und Verpflegung verweigern. Sie zahlen nur noch die Reise und Verpflegungskosten für die Ausreise bis zum Zielort und maximal drei Nachte in Unterkünften. Die Flüchtlinge werden den obengenannten Gruppen oft pauschal zugeordnet. Allein die Einreise über ein Drittland gilt in manchen Ämtern als Beweis, jemand sei nur wegen der Sozialhilfe nach Berlin gekommen. Auch wer mit dem Stempel der Ausländerbehörde „Identität ungeklärt" bei einem Sozialamt vorspricht, steht unter Verdacht. Der Vermerk signalisiert: Hier will jemand seine Abschiebung sabotieren. Doch den Stempel erhält auch, wer zweifelsfrei erkennungsdienstlich registriert ist, aber vergeblich bei seinen Botschaften um Reisedokumente bemüht, wie etwa Palästinenser aus dem Libanon. (taz 3.11.98)

Es ist zu befürchten, daß Rot-Grün an diesem Gesetz nicht entschärfen oder ändern wird. Deshalb ist hier eine breite Solidarität und Unterstützung der betroffenen Menschen und zahlreicher Protest von besonderer Bedeutung.

MAI • JUNI

Gerichten gescheitert
• Circa 5000 AntifaschistInnen protestieren rund um das Gelände mehr oder weniger militant
• Am selben Abend kommt es in Berlin zu Krawallen, an denen vorwiegend Jugendliche beteiligt sind
• Am nächsten Tag kündigt Berlins Innensenator an, solche Demonstrationen nur noch auf eingezäunten Fußballplätzen genehmigen zu wollen
• Eine bundesweite Razzia richtet sich gegen antifaschistische Strukturen im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion
• Auf die nordrhein-westfälische Zentrale der NPD in Bochum wird ein militanter Anschlag gerichtet

Juni
• 300 Nazis, angemeldet durch die NPD demonstrieren in Anklam
• 200 Rechtsextreme im NPD-Rahmen schon wieder in Stralsund
• Ein öffentliches Rekrutengelöbnis kann in Berlin nur mit großem Polizieschutz durchgeführt werden
• Bundesweit und international finden "reclaim the streets"-Partys statt
• Die Innenstadtaktionen widmen



Von der Endlösung der

Auszüge aus der Rede Martin Walsers zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchandels:

"Jeder kennt unsere geschichtlichche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird. Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblicvk sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern?

Ich habe es nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen. Manchmal, wenn ich nirgends mehr hinschauen kann, ohne von einer Beschuldigung attackiert zu werden, muß ich mir zu meiner Entlastung einreden, in den Medien sei auch eine Routine des Beschuldigens entstanden. Von den schlimmsten Filmsequenzen aus Konzentrationslagern habe ich bestimmt schon zwanzigmal weggeschaut. Kein ernst zu nehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Ich möchte verstehen, warum in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit prägt, wird wie nie zuvor. Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung. Jemand findet die Art, wie wir die Folgen der deutschen Teilung überwinden wollen, nicht gut und sagt, so ermöglichten wir ein neues Auschwitz. Schon die Teilung selbst, solange sie dauerte, wurde von maßgeblichen Intellektuellen gerechtfertigt mit dem Hinweis auf Auschwitz ...

In der Diskussion um das Holocaustdenkmal in Berlin kann die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute anrichteten, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlten. Die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Albtraum. Die Monumentalisierung der Schande. Der Historiker Heinrich August Winkler nennt das "negativen Nationalismus". Daß der, auch wenn er sich tausendmal besser vorkommt, kein bißchen besser ist als sein Gegenteil, wage ich zu vermuten. Wahrscheinlich gibt es auch eine Banalität des Guten. (...)

Mit seinem Gewissen ist jeder allein. Öffentliche Gewissensakte sind deshalb in der Gefahr, symbolisch zu werden. Und nichts ist dem Gewissen fremder als Symbolik, wie gut sie auch gemeint sei ... Das möchte man den Meinungssoldaten entgegenhalten, wenn sie, mit vorghaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen.



Irgendwas ist da in den letzten Wochen passsiert aber außer Ignatz Bubis scheint niemand zu einer vernünftigen linken Position in der Lage zu sein. Damit die Sprachlosigkeit sich nicht weiter so permanent von links hält, haben wir uns hingesetzt und einen kurzen Text geschrieben.

Schon im Oktober hat der Schriftsteller Martin Walser, der uns seit Jahren als rechter Vorzeigelinker bekannt ist, seine dank Bubis umstrittene Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels gehalten. Es ist sowieso ärgerlich, daß ein Nationalist wie Walser diesen Preis kriegen kann, aber vielleicht wollten sich die Verleiher aus der Schußlinie nehmen, nachdem die versammelte Nationalistenschar im letzten Jahr über den Preisträger Günter Grass hergefallen war. Dieses Jahr durfte also Walser ungestört darüber schwadronieren, daß er das mit der ständig vorgehaltenen Schande wegen der deutschen Vergangenheit nicht mehr erträgt, daß er ständig wegschauen will und die Meinungsmafia deshalb hinter ihm her ist. Schön wär's ja. Seit Jahren schreibt Walser doch für eine Endlösung der Vergangenheitsbewältigungsfrage, aber alles was bei seiner Rede rauskam, in der er

JUNI • JULI • AUGUST

sich demselben Thema
- Im französischen Lens prügelt ein Mob deutscher Hools einen französischen Schutzpolizisten, Daniel Nivell, ins Koma

Juli
- Antirassistische FrauenLesben-Aktionstage in Görlitz
- Antirassistisches Aktionscamp an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze
- Beim Jahrestreffen der Hirnlosen versammeln sich Zehntausende in Berlin auf der Loveparade
- Die NPD versucht mal wieder einen Aufmarsch in Berlins Mitte, wird aber durch die öffentliche Gegenwehr in den Randbezirk Hellersdorf abgedrängt

August
- Bundeskanzler Kohl gibt dem Widerstand gegen ein Holocaust-Mahnmal nach. Das Mahnmal wird vorerst nicht gebaut, eine Entscheidung auf nach die Wahl vertagt
- Die Aussagen von Monica Lewinsky und das Videoband Bill Clintons gehen um die Welt

Vergangenheitsbewältigung





Auszüge aus der Rede des Präsiden ten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zur Erinnerung an die November-Pogrome des Jahres 1938:

"Es kann nicht sein, daß die Bekämpfung des Rassismus und Antisemitismus sowie der Fremdenfeindlichkeit den Juden überlassen wird, während ein Teil der Gesellschaft sich dadurch eher belästigt fühlt.
In der Nachkriegszeit gab es einige Versuche, die überwiegend, aber nicht nur, aus rechtsradikalen Kreisen kamen, die Geschichte zu verändern. Es gab Bestrebungen, "Auschwitz", das ich hier als Synonyrn für die Vernichtung von Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, politisch oder religiös Verfolgten benutze, zu verharmlosen der gar zu leugnen. Wir haben einen Historikerstreit erlebt, der in die gleiche Richtung zielte, oder als Zeichen der "Norrnalität" den Versuch, ein antisemitisches Stück aufzuführen. Den neuesten Versuch, Geschichte zu verdrängen beziehungsweise die Erinnerung auszulöschen, hat Martin Walser in seiner Dankesrede anläßlich des ihm verliehenen Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 11. Oktober unternommen.
Martin Walser gehört zu den führenden Schriftstellern der Nachkriegsrepublik und ist ein Mann des Wortes. Er muß es sich deshalb gefallen lassen, daß man seiner Sprache und seinem Duktus mehr Aufmerksamkeit schenkt als der Sprache und dem Duktus eines gewöhnlichien Sterblichen wie mir.
Ich wüßte nicht, was es an dem Satz, daß er habe lernen müssen wegzuschauen, daß er im Wegdenken geübt sei und daß er sich an der Disqualifizierung des Verdrängens nicht beteiligen könne, zu deuteln gäbe. Hier spricht Walser eindeutig für eine Kultur des Wegschauens und des Wegdenkens, die im Nationalsozialismus mehr als üblich war und die wir uns heute nicht wieder angewöhnen dürfen.
Wir müssen uns alle der Geschichte stellen, und dazu gehört, nicht nur Filme über Goethe oder Bismarck zu sehen, sondern auch über die Zeit des Nationalsozialismus. Wir befassen uns mit der Geschichte vom Dreißigjährigen Krieg und der Revolution von 1848, selbstverständlich beschäftigen wir uns freudig mit den Biographien von Goethe, Schiller, Beethoven oder Bismarck. Alles das sind Teile der deutschen Geschichte. Zu ihr gehören allerdings auch Hitler und Himmler. Man kann sich nicht nur die schönen Seiten seiner Geschichte heraussuchen und die unschönen verdrängen. Wer nicht bereit ist, sich diesem Teil der Geschichte zuzuwenden, sondern es vorzieht wegzudenken oder zu vergessen, muß darauf gefaßt sein, daß Geschichte sich wiederholen kann.
Man kann zu dem Holocaust-Mahnmal in dieser oder jener Forrn unterschiedlicher Auffassung sein und man kann auch überhaupt gegen die Errichtung eines solchen Mahnmals sein. Auf keinen Fall, auch nicht dichterisch, darf man den Entwurf als Albtraum bezeichnen und schon gar nicht als Monumentalisierung der Schande. Die Schande war monumental und wird nicht erst durch ein Mahnmal monumentalisiert. Diese Teile der Rede Walsers sind eines Friedenspreisträgers unwürdig. Der Trend der Rede ist neuerdings vermehrt spürbar. Der intellektuelle Nationalismus nimmt zu und ist nicht ganz frei von unterschwelligern Antisemitismus."

Ausschwitz aus dem deutschen Wortschatz tilgen wollte, war unaufmerksames Schweigen, als hätte Walser da nicht unverschämt deutsches gesagt, Von wegen, daß dieselben über Walser hergefallen wären wie über Grass - gut war auch nicht zu erwarten. Aber auch diejenigen, die sonst einen Grass verteidigen sind nicht mit Entsetzen aufgesprungen, als Walser das getan, hat, vor dem Grass im letzten Jahr gewarnt hat.
Nur der Vorsitzende der Juden in Deutschland hat den Mund aufgemacht. Er hat das öfter gemacht. Nur endlich bei den Gedenkfeiern zum 9. November, dem Tag, an dem Bubis das Recht zugestanden wird - weil er doch jüdischer Herkunft ist - über Antisemitismus in der Bundesrepublik zu sprechen, hat die versammelte bundesrepublikanische Intellektuelle gehört, was er zu Martin Walser zu sagen hat.
Das hat nicht viel geholfen. Erschreckend war an der ganzen Auseinandersetzung um die reaktionäre Walser Rede nämlich nicht seine Rede. Denn er ist ja wie schon gesagt, schon lange in anderen ideoligischen Gefilden zuhause. Es war viel erschreckender, daß nach bubis scharfem Angriff auf Walser, die konservative und sozialdemokra-

SEPTEMBER • OKTOBER

September
- Hans-Joachim Klein, ehemaliger Aktivist im RZ-Zusammenhang wird in Frankreich verhaftet
- Hochkonjunktur der Rechtsextremisten vor der Bundestagswahl, etwa 4000 Nazis in Rostock, etwa 250 Nazis in Wolgast, organisiert von der NPD
- Bundestagswahl, Wahlsieg rotgrün und Wahlsieg SPD-PDS in Mecklenburg-Vorpommern

Oktober
- PDS wird erstmalig an einer Landesregierung beteiligt (Meck-Pomm)
- Martin Walser hält seine Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels
- Das Europa-Parlament hebt die Immunität von Jean Marie Le Pen auf, gegen diesen kann somit wegen Verbreitung der Auschwitz-Lüge in der Bundesrepublik ermittelt werden
- Havarie des Frachters Pallas, Öl läuft vor Amrum aus
- Antifa-Demonstration gegen akzeptierende Sozialarbeit mit



tisch -konservative Elite über Bubis hergefallen ist. Walser hat offensichtlich nicht nur für sich gesprochen, sondern es gibt in der Bundesrepublik noch viel viel mehr Meinungsführer und Eliten, die endlich wegschauen dürfen wollen. Und nicht ganz ohne Hoffnung, weil auch die neue Bundesregierung für konservative Hoffnung einiges aufzubieten hat. Schröder stellt sich schützend vor die deutsche Wirtschaft wenn es darum geht, daß im nächsten Jahrtausend endlich mal Schluß sein müßte mit den Forderungen von Holocaust-Opfern wie er im Fernsehen Stefan Aust erzählt hat. Hinter einem starken und dazu noch (weil rot-grün) oberflächlich unverdächtigen Kanzler, auf dem Parkett der national-überbeladenen neuen Hauptstadt Berlin auch als Regierungssitz, mit dem Ruf der Modernisierung dieser „neuen" Bundesrepublik erwacht auch bei der intellektuellen Rechten wie bei ehemals linken Nationalisten neue Hoffnung. Unter Kohl war der Nationalisierungsschub eh inzwischenh ausgelutscht.
Deshalb ist auch auch umso erschreckender, daß sich in den Feuilletons kaum einer getraut hat, gegen Walser zu schießen. Haben die sich alle verbogen, um Walser noch eine redliche Absicht zu unterstellen. Warum bloß? Hat Walser so viel Einfluß? Oder sind solche Ansichten einfach zu opportun, um sie scharf anzugehen? Auf jeden Fall stand Bubis am Schluß fast allein. Gut war nur, daß insgeheim alle dann doch gesagt haben, ganz so wie Walser geht es dann doch nicht. Aber Walser hat es geschafft, den potentiellen Kritikern das Maul zu stopfen. Mit seinen gezielt unklaren Anschuldigungen, konnte jeder gemeint sein, der gegen ihn ist. Der Stempel wurde von Walser schon vorausschauend verteilt. Das ist mehr als die Klage eines alternden Nationalisten, das ist politische Strategie, um diejenigen, die immernoch finden, daß Nationalismus und Rassenwahn nach Auschwitz geführt haben, mundtot zu machen. Das ist gezielte Diffamierung eines historischen Gewissens. Nicht Naivität, wie ihm gutgemeint aber falsch unterstellt wurde.
Dabei geht es Walser im Kern gar nicht um den Holocaust. Walser braucht ihn nicht zu leugnen, er ist genausowenig ein Antisemit. Walser geht es um die deutsche Normalität heute. Es geht ujm Nationalstolz, es geht um die deutsche Sehnsucht nach Idylle, es geht um seinen Altersfrieden. Und nur insofern ist es richtig, daß in dieser Debatte um eine Auseinandersetzung innerhalb einer Generation geht: die Generationsvertreter, die endlich ihre Ruhe haben wollen und diejenigen, die ihr Gewissen, nicht mit auf Rente schicken wollen. Jede Generation erneut wird jedoch die Debatte um die deutsche Vergangenheit führen, darum werden auch die Alten nicht rum kommen. Angesichts der wachsenden jüdischen Gemeide in der Bundesrepublik und angesichts auch der doch immer wieder nachwachsenden Jugend insgesamt, die wie Goldhagen gezeigt hat, sich nicht dem Wissen der Alten abspeisen läßt, ist Walsers Alterssehnsucht nicht besonders beunruhigend. Eher ärgerlich.
Nur worum es eigentlich geht ist ja die heutige deutsche Realität, um das Selbstverständnis dieser Republik, um das Maß an Nationalismus, daß „wir" und „gönnen" dürfen. Es geht um Chauvinismus, es geht um politische Prioritäten, es geht um den berühmt-berüchtigten Kulturrelativismus. Insofern hat Walser doch einen richtigen Kern angesprochen. Er postuliert die Instrumentalisierung von Auschwitz. Und wirklich, genau das ist es, was Martin Walser & Co tun: die Instrumentalisierung von Auschwitz zur Legitimierung eines neuen Nationalstolz.

Antinationale Fraktion

OKTOBER • NOVEMBER • DEZEMBER

Rechten in Königs-Wusterhausen mit 600 TeilnehmerInnen
• Bundestag vereinbart neues Staatsbürgerschaftsrecht
• Der Hurrican Mitch verwüstet besonders Honduras und Nicaragua, 20.000 Menschen werden getötet, die Folge schlechter Infrastrukturpolitik trifft wieder die Armen
• Andrea Wolf wird von der türkischen Armme in Kurdistan ermordet

November
• Der Münchner Jugendliche"Mehmet" wird nach langem Streit um die Rechte Nicht-deutscher in die Türkei abgeschoben
• Pinochet wird in London festgesetzt, Spanien hatte seine Auslieferung beantragt um gegen ihn wegen Menschenrechtsverletzungen zu verhandeln • Der PKK-Führer Öcalan wird bei seiner Einreise nach Italien in Rom am Flughafen verhaftet

Dezember
• Das Nazi-Cafe Germania in Berlin muß nach öffentlichem Druck und internen Schwierigkeiten schließen, kündigt aber Neueröffnung in Brandenburg an
• JN-Aufmarsch vor dem Berliner Knast Tegel als Gruß an den NPD-Vize und Neonazi-Organisator Frank Schwerdt
• Volle Lohnfortzahlung wird von der neuen Bundesregierung wieder vereinbart

zur lage in kurdistan

Mit der Verhaftung des PKK-Anführers Öcalan in Rom setzt sich eine Tendenz fort, die sich schon etwas länger abzeichnet. Mit dem Ende des 20. Jahrhunderts erscheint auch der bewaffnete Kampf als Auslaufmodell - von der ziemlich starken Guerilla in Kolumbien einmal abgesehen. Mit dem Vorbild Nordirlands, wo der diplomatische Weg schon ziemlich weit fortgeschritten ist, ist deutlich geworden, daß das Gespräch am Verhandlungstisch effektiver sein kann als die Waffe in der Hand, zumal sich gerade in der Sicherheitszone EU durch verstärkte länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei die Situation verschärft hat. Das nordirische Beispiel zeigt aber andererseits auch, daß die diplomatische Ebene auch für die Staatsvertreter attraktiver sein kann als Repressionspolitik. Dies zeigt sich derzeit etwa im Baskenland, wo sich eine nordirische Lösung vorsichtig andeutet.

Die PKK versucht schon seit einigen Jahren, langsam einen ähnlichen Weg einzuschlagen. Öcalan hat sein taktisches Geschick für die diplomatische Richtung unter Beweis gestellt. Offenbar ist sie auf diesen Weg auch angewiesen, militärisch steht die PKK nämlich mit dem Rücken zur Wand. Die türkischen Militärs treten sehr offensiv auf und es ist ihnen gelungen, die früheren Rückzugsgebiete der PKK nach und nach unter ihre Kontrolle zu bekommen. Angefangen mit dem Nordirak, wo die Türkei schon fast regelmäßig einmarschiert und mit der irakisch-kurdischen KDP gegen PKK-Kämpfer zusammenarbeitet, bis hin zu Syrien, das erst im Oktober durch eine offene Kriegsdrohung der Türkei genötigt wurde, bisher geduldete PKK-Stützpunkte auf seinem Gebiet aufzulösen.

Die Verhaftung Öcalans ist nur ein Indiz für eine schwierige Phase. Schließlich ist auch immer noch ungeklärt, ob seine von einem italienischen Kommunisten begleitete Reise von Moskau nach Rom, wo er gleich am Flughafen festgenommen wurde, einen taktischen Hintergrund hatte. Denn damit, daß zwischen Deutschland, Italien und der Türkei darum gestritten wird, wer den Guerillachef vor Gericht stellen soll, hat die diplomatische Dimension der Auseinandersetzung zwischen Türkei und PKK erneut an Gewicht gewonnen. Öcalan selbst hat außerdem angekündigt, seinen Posten an der PKK-Spitze aufzugeben, um damit den Weg für eine "Umstrukturierung" frei zu machen. Eine PKK ohne seine Führung ist allerdings schwer vorstellbar, weil die Organisation doch sehr auf seine Person zugeschnitten ist. Die Idee einer "Umstruktutierung" ist wohl eher ein Zeichen an Ankara, daß die PKK zu grundlegenden Änderungen prinzipiell bereit ist, und damit ein weiterer Schritt, die PKK als offiziellen Verhandlungspartner zu etablieren.

In der BRD, wo es schon länger keine bewaffnete linke Gruppe mehr gibt, häufen sich die Berichte über deutsche Linke, die in den Reihen der kurdischen PKK kämpfen. Eva Juhnke wurde im September zu 15 Jahren Haft verurteilt, Jörg Ulrich im Dezember letzten Jahres bei Kämpfen mit der irakisch-kurdischen KDP lebensgefährlich angeschossen, Andrea Wolf im Oktober von türkischen Militärs ermordet. Focus und Spiegel konkurrieren mit Beiträgen über Importkämpfer in Kurdistan - meistes unter Berufung auf Berichte des Verfassungsschutzes oder des Bundeskriminalamtes. Beide scheinen diese Entwicklung genauestens zu beobachten und durch diese Verbindung einen "Re-Import" des bewaffneten Kampfes zu befürchten. In Hamburg und Köln gab es im Februar vor diesem Hintergrund bereits Hausdurchsuchungen. Die Bundesanwaltschaft warf hier zehn verschiedenen Leuten vor, eine neue bewaffnete Gruppe in der BRD zu planen. Zwei von ihnen, wird von den staatlichen Stellen behauptet, hätten zuvor bei der PKK gedient. Schon Ende des Jahres 1995 wollen Polizisten einen "Kurier" bei der Einreise in die BRD dingfest gemacht haben. In seinem Gepäck hatte er angeblich auch ein Papier von der wegen RAF-Verdacht gesuchten Andrea Wolf aus Kurdistan, das sich mit der Gründung einer antiimperialistischen Widerstandsgruppe in der BRD beschäftigte. Das sind natürlich erst einmal nur die Behauptungen eines aufgeblähten Sicherheitsapparates, der seine Existenz tagtäglich legitimieren muß. Insgesamt ist die Informationslage zu diesem Thema sehr schwierig und genauso schwierig ist es, sich dazu zu verhalten. Das gilt für die Situation in Kurdistan noch einmal in besonderem Maße, weil die türkische Seite mit gezielter Desinformation arbeitet, und andererseits auch die Äußerungen der PKK eher propagandistisch eingefärbt sind. Deswegen wollen wir an dieser Stelle auch keine fertige Einschätzung zu diesem Thema präsentieren, sondern einfach eine kleine Materialauswahl anbieten - natürlich ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

zur lage in kurdistan

"Öcalan will in die Rolle

Interview mit Martin van Bruinessen

Der PKK-Chef Abdullah Öcalan hat es höchstpersönlich angekündigt: Die kurdische Guerilla-Gruppe will ihre bewaffnete Politik beenden. Nun ist Diplomatie angesagt. Wird Öcalan in die Fußstapfen Arafats treten? Oder doch weiter den ungeliebten Guerilla-Chef abgeben? Martin van Bruinessen lehrt Turkologie und Kurdologie an der Universität Utrecht, 1996 bis 1997 war er Gastprofessor für Kurdologie an der FU Berlin. Seine Dissertation erschien als Buch in deutscher Übersetzung unter dem Titel "Agha, Sheikh und Staat" (Ed. Parabolis, Berlin 1989) und gehört zu den Standardwerken über die kurdische Gesellschaft.
(Der Artikel erschien am 9. Dezember 1998 in der Jungle World)

Die Selbstauslieferung von Abdullah Öcalan an Italien hat die kurdische Frage internationalisiert. Die EU-Staaten müssen jetzt auf politischer Ebene agieren, und das will die PKK auch. Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang die neue Erklärung der PKK ein, keine bewaffnete Politik mehr zu verfolgen?
Das sind zwei voneinander zu trennende Sachen. Die PKK will sich zumindest die Möglichkeit erhalten, solche Aktionen durchzuführen. Denn ihre Anführer haben in Verhandlungen nichts anzubieten als ein Ende der Gewalt. Sie haben die Gewalt gebraucht, um die kurdische Frage auf die politische Agenda der Türkei zu setzen. Seit 1993 wollen sie den Schritt vom bewaffneten Kampf zu diplomatischen Verhandlungen machen. Aber auch diplomatische Verhandlungen können sie nur durchführen, wenn sie mit der Alternative der Gewalt drohen können. Ich denke nicht, daß die Guerilla-Armee der PKK aufgelöst werden wird. Sie wird einfach in den Bergen und im Ausland bestehen bleiben und von Zeit zu Zeit bewaffnete Aktionen durchführen.
In der vergangenen Woche hat Ertugr Kürkcü, Kolumnist und Gast-Autor in der prokurdischen Zeitung Özgur Gündem, im Deutschlandfunk vertreten, daß die durch Vertreibungen aus den Dörfern erzwungene Urbanisierung dazu führen wird, daß in Zukunft national-territoriale Forderungen in den Hintergrund treten und dafür Forderungen nach „sozialer und kultureller Akzeptanz" stärker werden.
Die werden zumindest hinzukommen. Es geht nicht nur um die Frage von einem Gebiet in der Türkei, das autonom sein will, denn nur noch etwa die Hälfte der Kurden lebt dort, und die andere Hälfte lebt anderswo in der Türkei oder in Europa.
Aber es gibt auch die symbolische Ebene. Kurdistan ist Teil der Definition der kurdischen Identität, auch wenn man nicht dort geboren ist. Und weil das Symbolische sehr wichtig ist, wird die kurdische Bewegung die Forderung nach Autonomie für Kurdistan wohl nicht aufgeben, aber vielleicht nicht mehr als einzige und auch nicht als Hauptforderung der Bewegung vertreten.
Wie wird sich eine weitergehende Internationalisierung der kurdischen Frage - sollte die PKK von Europa aus dem Exil ihre Politik betreiben können - auf das Gefüge zwischen Kurden in der Türkei und Kurden in der europäischen Diaspora auswirken?
Leute aus PKK-Kreisen, mit denen ich in der letzten Zeit geredet habe, sind alle davon überzeugt, daß eine politische Lösung des Kurden-Problems ohne Beteiligung Europas nicht möglich ist. Es ist nicht möglich, die türkische politische Elite, das heißt die Regierung und die Armee, ohne starken Druck aus Europa zu einer Akzeptanz von kollektiven Forderungen der kurdischen Bewegung zu bringen. Das ist auch einer der Gründe, warum Öcalan nach Europa gekommen ist. Die Kurden wissen: Wenn die kurdische Frage nicht zu einem europäisches Problem wird, ist eine politische Lösung kaum möglich. Deshalb ist die politische und potentiell militärische Kraft der PKK für sie in Europa sehr wichtig. Mit ihrer Existenz hier will sie die europäischen Länder auch dazu zwingen,



Dimitroffs schlüpfen"



eine aktivere Vermittlungsrolle einzunehmen.

Auf der anderen Seite: Was bewegt sich in der Türkei?

In der Türkei gibt es momentan wenig Anlaß zu Optimismus. Wichtige Veränderungen in der Politik der Türkei sind vorläufig nicht aus Kreisen der politischen Parteien in der Türkei zu erwarten. Wichtig sind die Industriellen, von denen eine Gruppe seit Jahren von einer politischen Lösung in dieser Frage spricht. Aber die einzigen, die darauf Einfluß nehmen können, sind die Militärs. Und natürlich hat Europa auf das Militär auch einigen Einfluß und kann vielleicht mehr Einfluß auf es ausüben.

Was ist mit den Kreisen in der Türkei, die vom Bürgerkrieg durch Waffen- und Drogenhandel profitieren? Besteht nicht die Gefahr, daß sie eine solche Entwicklung zu torpedieren versuchen?

Das ist vielleicht das schwierigste Problem in dieser ganzen Frage. Es gibt eine ziemlich große Gruppe innerhalb der Armee und der Politik, die ungeheuer von diesen Sachen profitiert. Wir haben gesehen, daß es auch der Regierung unter Mesut Yilmaz nicht gelungen ist, da ein wenig zu „säubern". Und dazu gehört inzwischen die Regierung selbst, da sie offenbar einige Minister hatte, die sehr eng mit der Mafia verbunden sind.

Wird es einen Prozeß gegen Öcalan geben?

Da gibt es juristische und politische Argumente. Die Juristen sagen, daß es momentan kein internationales Gericht gibt, das ihn verurteilen könnte. Die Politiker aus Europa haben mal gesagt, daß sie so etwas wollen. Aber die wissen auch nicht, was sie nun genau wollen. Deutschland hat Angst, Öcalan auf deutschem Boden vor Gericht zu stellen - ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt. Öcalan hat in den letzten Tagen selbst angeboten, vor Gericht Aussagen zu den Sachen zu machen, deren er beschuldigt wird.

Ist es denn überhaupt möglich, das Vorgehen des türkischen Regimes ebenfalls zum Gegenstand eines solchen Verfahrens zu machen?

Das stellt Öcalan sich offenbar vor - ich denke, er hat keine Ahnung, wie so etwas funktioniert. Deutschland will ihn vor Gericht sehen wegen einiger Morde - nicht als Terrorist oder so etwas.



Nur ganz konkrete Sachen, wo man denkt, ausreichend Beweise dafür zu haben, daß er als Auftraggeber tätig war. Das wäre sehr beschränkt.
Interessanter wäre es natürlich, wenn ein Gericht in Europa die Beschuldigungen ernst nehmen würde und die Frage untersuchen würde, wie sie von seiten der Türkei immer formuliert wird: Stimmt es, daß Herr Öcalan für 30 000 Tote verantwortlich ist?
Seine Anwälte könnten dann auch andere Beweise vorlegen, so daß es ein politischer Prozeß wird. Und Öcalan hofft natürlich, daß sein Prozeß - ein Prozeß, der als einer gegen Abdullah Öcalan beginnt - in Wirklichkeit ein Prozeß gegen den türkischen Staat wird. Und daß er sozusagen in die Rolle eines Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß schlüpft.

Besteht nicht die Gefahr, daß in einem solchen Prozeß Öcalan gleichgesetzt wird mit einem Staatsverbrecher vom Schlage eines Pinochet?

Eine solche Gleichsetzung wäre natürlich Blödsinn. Es geht um zwei Leute, die ausgeliefert werden sollen, aber sie sind nicht vergleichbar. Öcalan muß man mit anderen Führern großer politischer Bewegungen vergleichen, die auch Verbrechen gegen die Menschenrechte begangen haben: Arafat, Ben Bella aus Algerien, Mandela - das sind diejenigen, die Erfolg gehabt haben und Staatsoberhaupt geworden sind. Und dann gibt es natürlich einige, die keinen Erfolg gehabt haben - wie Abimael Guzman vom Leuchtenden Pfad in Peru, die Führer der Tamil Tigers in Sri Lanka. Ich denke, das sind vergleichbare Fälle.

Wie sehen die Chancen für eine demokratische Entwicklung innerhalb der PKK aus?

Im Juli hätte ich noch gesagt, daß da nicht viel möglich ist. Eine so autoritäre Bewegung, wie es die PKK war, eine so monolithische Organisation kann sich von innen heraus nicht demokratisieren, hätte ich gedacht.
Aber wenn man z.B. ihre Veröffentlichungen jetzt mit denen vor ein paar Jahren vergleicht; wenn man sieht, wie in den prokurdischen Medien Özgür Politika und Med TV nun auch vorsichtige Kritik an Öcalan geübt werden kann; wenn man sieht, wie Dissidenten, die erst aus der Partei rausgeschmissen wurden, nicht mehr wie früher ermordet werden, sondern immer noch in Kommunikation mit der PKK stehen, wieder zurückkommen und eine wichtige Rolle spielen können - dann kann man davon ausgehen, daß Öcalan sich in diesem Prozeß auch hat beeinflussen lassen: von den europäischen Führern der PKK, die hier eine andere Auffassung von Politik aufgenommen haben als die, mit der Öcalan in Damaskus gelebt hat, wo seine einzigen Kontakte eigentlich die Politiker der syrischen Baath-Partei waren. Wenn sich nun innerhalb der PKK doch eine Form des Wandels der politischen Kultur zeigt, werde ich etwas optimistischer.

Ist Öcalan die PKK?

Nein, wenn wir von der PKK sprechen, meinen wir manchmal ganz unterschiedliche Dinge: Es gibt die Partei, es gibt innerhalb der Partei den Geheimdienst, der für die meiste Gewalt und die Attentate verantwortlich ist, und es gibt diesen Umkreis, der nicht ganz unter der Kontrolle der PKK steht, der solidarisch ist und zu den Demonstrationen kommt - auch das ist PKK. Und diese Leute sind sehr unterschiedlich. Unter ihnen trifft man keine ideologische Homogenität an.

Was bleibt von der PKK übrig, wenn sie ihre nationale Befreiungsideologie fallen läßt und wenn, was jetzt schon der Fall ist, die sozialen Forderungen und Ideale weg sind? Ein simpler kapitalistischer Modernisierungsfaktor?

(Lacht) Ich denke, daß sie in bestimmter Hinsicht schon etwas entideologisiert ist, von dem stark ideologischen Marxismus schon Abstand genommen hat. Sie ist allgemein links, stark emotional links gegen Unterdrückung. Und sie hat eigentlich nie eine richtige Auffassung von der Organisation der Ökonomie gehabt oder etwas über den wirtschaftlichen Aufbau in einem unabhängigen Kurdistan gesagt. Darüber hatte sie keine konkreten Ideen. Wenn es ihr wirklich gelingt, in Zukunft eine politische Rolle zu spielen, dann wird das natürlich im Rahmen einer kapitalistischen Ökonomie sein.

Interview: Udo Wolter

zur lage in kurdistan

Aus Le Monde Diplomatique vom 11.Dezember 1998

Das türkische Militär schlägt den Takt

Nach seiner Ankunft in Rom im November hat der Chef der kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Abdullah Öclalan, erneut seine Bereitschaft geäußert, innerhalb des türkischen Staats eine friedliche Lösung für das Kurdenproblem zu suchen. Die türkische Regierung ignoriert diese Angebote jedoch, fordert seine Auslieferung und droht Italien mit Sanktionen. Die Weigerung der türkischen Militärs, die kurdische Identität anzuerkennen, treibt sie dazu, immer im Ausland nach Lösungen für einen Krieg zu suchen, der bereits 15 Jahre andauert. In diesem Zusammenhang ist auch die Krise mit Syrien zu sehen, die im vergangenen Oktober ausgebrochen ist.

Der Autor dieses Textes ist ein türkischer Intellektueller, der angesichts der Repression in seinem Land anonym bleiben will.

Rückhaltlos unterstützt vom Parlament und der Mehrheit der Öffentlichkeit hat die türkische Regierung im September und Oktober 1998 die Konfrontation mit Syrien gesucht. Staatspräsident Demirel warf dem Nachbarland vor, "den separatistischen Terrorismus zu unterstützen", indem es "den Banditen logistische Unterstützung bietet" und "dem Chef der Banditen Unterschlupf in Damaskus gewährt".' Auch von Ministerpräsident Yilmaz waren ungewohnt kämpferische Drohungen zu vernehmen: "Syrien muß unsere Forderungen erfüllen, sonst wird die Welt ihm auf den Kopf fallen. Syrien sollte sich vorsehen, sonst werden wir ihm die Augen ausstechen."

Die Führung in Damaskus hat stets bestritten, daß die Kurdische Arbeiterpartei militärische Unterstützung aus Syrien erhält und daß sich PKK-Führer Öcalan im Land aufgehalten hat. Letzteres ist jedoch bewiesen: Eine Reihe Politiker aus Deutschland, Griechenland und Armenien sowie türkische und kurdische, vor allem aber ausländische Journalisten sind mit Öcalan in Damaskus und in der von Syrien kontrollierten libanesischen Bekaa-Ebene zusammengetroffen.

Dennoch sind die Behauptungen über den Ursprung und die Art der Spannungen mit Syrien, die das türkische Regime aufstellte und die von den Medien aufgenommen und weiterverbreitet wurden, äußerst fragwürdig. Die Machthaber setzen auf eine militärische Lösung des Kurdenproblems und haben alle Wege zu einer friedlichen Beilegung blockiert. Sowohl die prokurdische "Arbeiterpartei des Volkes" (HEP) als auch ihre Nachfolgeorganisation, die Demokratische Partei (DEP) - die für die Anerkennung einer kurdischen Identität in der Türkei eintraten -, sind 1989 vom Verfassungsrat verboten worden. Vier kurdische Abgeordnete, unter ihnen Leyla Zana, die lediglich ihre Meinung zur Kurdenfrage in der Öffentlichkeit vertreten hatten, wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt, und eine Reihe von kurdischen politischen oder kulturellen Stiftungen und Vereinigungen mußten aufgrund polizeilicher oder gerichtlicher Verfügungen schließen. Auch die kurdischen Publikationsorgane sehen sich immer wieder hart bedrängt.

Seit 1925 haben alle türkischen Regierungen den Kurden das Existenzrecht abgesprochen, immer nach der Formel: "Es gibt kein Kurdenproblem, weil es keine Kurden gibt." Nach den geltenden Gesetzen (Art. 312 des Strafgesetzbuchs und Art. 6, 7 und 8 des Antiterrorismusgesetzes) gilt es bereits als "separatistisch-terroristische Propaganda", wenn man das Wort "Kurdistan" schriftlich oder mündlich gebraucht.

Vor diesem Hintergrund ist die jüngste Auseinandersetzung mit Syrien zu begreifen, und man muß dabei wenigstens drei Ebenen unterscheiden: den bilateralen Aspekt, das Verhältnis von Kurden und Türken und schließlich die internen Probleme der Machthaber in Ankara.

"Schon im Ersten Weltkrieg und während des Unabhängigkeitskriegs [1919-1923] sind uns die Araber in den Rücken gefallen"; "die Araber sind schmutzig"; "Syrien war im Osmanischen Reich nur eine unbedeutende Provinz"; "die islamistischen Strömungen in der Türkei finden bei den Arabern Rückhalt und Unterstützung" – diese und ähnliche Überlegungen wurden von der kemalistischen Führung vertreten und bleiben in der kollektiven Erinnerung verankert. Die Türkei kann sich mit der Unabhängigkeit Syriens nur schwer abfinden und ist überzeugt, daß Damaskus die türkische Wirtschaft zu ruinieren versuche und die Nation daran hindern wolle, die ihr gebührende Rolle als Regionalmacht zu

zur lage in kurdistan

spielen.

Eine zusätzliche Komplikation bedeutet das Bündnis zwischen der Türkei und Israel. Uri Bar-Ner, der israelische Botschafter in der Türkei, erklärt dazu: „Mit Hilfe der USA haben die Türkei und Israel ein bedeutendes Bündnis der Kräfte geschlossen."

Zwei weitere Konfliktfelder kommen hinzu. Zum einen unterstellt die Türkei, daß Syrien Antiochia (türk. Antakya, Hauptstadt der Provinz Hatay) zurükkgewinnen möchte, das 1939 von Frankreich an Ankara abgetreten wurde. Auf syrischen Landkarten erscheint das einstige Alexandrette, das überwiegend von Arabern bewohnt ist, als integraler Bestandteil des Staates Syrien. Zum anderen vertritt das baathistische Regime in Damaskus die Position, daß Syrien die Kontrolle über die Nutzung des Wassers der Flüsse Euphrat und Tigris zustehe – und diese Haltung wird vom Irak unterstützt. Nach der internationalen Konvention über transnationale Flußläufe, die am 21. Mai 1997 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, sind Damaskus und Bagdad damit im Recht.

Aber auch die Verbissenheit der Türkei in der Kurdenfrage spielt in der aktuellen Krise ein Rolle. Staatspräsident Süleyman Demirel hat dazu erklärt, die Türkei sei bereits mit sechsundzwanzig separatistischen Aufständen fertiggeworden, und sie sei in der Lage, auch den siebenundzwanzigsten – die seit 1984 andauernde Rebellion unter der Führung der PKK – niederzuschlagen. Seit dem ersten Kurdenaufstand unter Scheich Said im Jahre 1925 ist Syrien allerdings das Land, in dem kurdische Flüchtlinge, Intellektuelle und unterlegene Oppositionelle Aufnahme finden.

Was die Kurden den "kleinen Süden" nennen (im Gegensatz zum eigentlichen Süden Kurdistans, dem Nordirak), ist ein Gebietsstreifen von etwa 600 Kilometer Länge und 30 bis 40 Kilometer Breite. In diesem "syrischen Kurdistan" leben ungefähr eine Million Kurden, die jedoch von Damaskus keineswegs als ethnische Minderheit anerkannt sind – die meisten besitzen nicht einmal einen Personalausweis.

Aber sie sind im Parlament (das nur formale Aufgaben wahrnimmt) vertreten, die kurdische Sprache ist nicht verboten, und im Alltag leben die Kurden friedlich mit den Arabern zusammen.

Am 18. September 1998 hat Massud Barsani, Führer der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), die große Teile des Nordirak kontrolliert, einen Friedensvertrag, mit der von Dschallal Talabani geführten Patriotischen Union Kurdistans (PUK) geschlossen, die die Herrschaft über ein kleines Gebiet im Süden des Nordirak innehat und vom Iran unterstützt wird. Obwohl dieses Abkommen, das durch Vermittlung der USA zustande kam, immerhin auch die Vertreibung der PKK aus dem Nordirak vorsieht, stößt es in Ankara auf Skepsis – man fürchtet die Gründung eines unabhängigen Kurdenstaates im Nordirak.

Die PKK, 1978 von zwölf Studenten gegründet, hat 1984 mit zweihundert Kämpfern, die in den Lagern der Palästinenserführer Georges Habasch und Nayef Hawatmeh ausgebildet worden waren, den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat aufgenommen – diese Auseinandersetzung mit dem "türkischen Kolonisatoren" steht seither im Mittelpunkt ihrer Politik. Ihr Hauptziel ist die Einrichtung eines türkisch-kurdischen Bundesstaats innerhalb der bestehenden Grenzen.

Noch bis 1992 bezeichnete die türkische Armeeführung die PKK als "eine Handvoll Banditen" – mit denen sie jedoch nicht fertig wurde, weil es den zweitstärksten Streitkräften der Nato" an Erfahrung im Antiguerillakampf mangelte. Die Methoden, die von der Zentralmacht angewendet wurden: Entvölkerung von Dörfern, Mordanschläge, Folter, Verbot friedlicher Dernonstrationen etc.) stärkten die PKK: 1992 räumte das türkische Innenministerium ein, die PKK verfüge über 15000 Kämpfer und mehr als 100000 Milizionäre.

Dieser Krieg kommt das Land teuer zu stehen. Genaue Angaben über die Kosten können Wirtschaftsexperten nicht machen (weil es „Fonds" gibt, die nicht offiziell ausgewiesen sind und nicht der Kontrolle des Parlaments unterliegen), aber es sind mehr als drei Fünftel des Haushalts, die der Krieg verschlingt. Und so liegt die jährliche Inflationsrate seit 1991 bei über 80 Prozent, was die wirtschaftliche und soziale Krise noch weiter verschärft.

Vor allem nach 1992 hat die PKK allmählich an Boden verloren. Zum einen weil die türkische Armee ihre Taktik verbesserte, zum anderen weil die PKK, die ihre Anhänger unter den Kleinbauern rekrutierte, mit marxistischen und nationalistischen Parolen auftrat und es nicht verstand, ihre militärischen Erfolge auf der sozialen und politischen Ebene glaubhaft umzusetzen. Daß sie bis Ende 1992 häufig brutale Mittel einsetzte (Überfälle auf die Dörfer regierungstreuer „Dorfwächter", Massaker an Frauen und Kindern, Bombenanschläge in den Großstädten) hat sie in der Bevölkerung viel Sympathien gekostet. Dagegen bereiten ihre diplomatischen Vorstöße, ihre wiederholten Aufrufe zum Waffenstillstand und zu Verhandlungen, der politischen und militärischen Führung in Ankara schweres Kopf zerbrechen.

Daß der südafrikanische Präsident Mandela im Mai 1992 den Atatürk-Friedenspreis ablehnte, geht auf den Einfluß der PKK zurück. Mandela protestierte überdies gegen die vorjährige Verleihung dieses Preises an General Kenan Evren, den führenden Kopf des Staatsstreichs vom 12. September 1980, der von 1980 bis 1983 an der Spitze der Militärjunta stand und von 1980 bis 1989 Staatspräsident war. In mehr als vierzig Staaten auf fünf Kontinenten (in Washington wie in Sydney, in Ottawa wie in Johannesburg, in Havanna wie in Almaty, in Paris wie in Jerewan) unterhält die PKK Informationsbüros, die Einfluß auf Parlamentarier und Regierungen zu nehmen suchen. Das kurdische Exilparlament, mit Sitz in Brüssel, hat seit 1995 in

mehreren Ländern (Belgien, Österreich, Niederlande, Rußland, Italien) Tagungen in den Räumlichkeiten staatlicher Einrichtungen abgehalten. Tatsächlich trugen diese Kampagnen dazu bei, die ohnehin deutliche diplomatische Isolierung der Türkei zu verstärken – so wurde etwa der türkische Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union beim europäischen Gipfel in Luxemburg, im Dezember 1997, nicht verhandelt.

Mit Blick auf die Entwicklungen in Nordirland, Palästina und jüngst in Kolumbien hat die PKK am 1. September 1998 zum zweiten Mal einen einseitigen Waffenstillstand erklärt. Ankara wollte davon nichts wissen: Ein bedeutender Teil der Armee widersetzt sich jeder politischen Lösung, weil eine Fortsetzung des Konflikts den Einfluß der Militärs auf die Gesellschaft stärkt. Der Krieg hat eine Reihe neuer sozialer Gruppen hervorgebracht: Armeeführer und Waffenhändler, Angehörige von Gendarmerie und Polizei im Südosten des Landes, Drogenhändler im Staatsapparat und in den Mafiakreisen, regierungstreue Milizen und Verwaltungsbeamte, die in den Gebieten eingesetzt werden, die unter Ausnahmerecht stehen, usw. Mit jedem Sarg eines Soldaten oder Polizisten, der aus den Kurdenregionen kommt, erhalten die, Ultranationalisten mehr Auftrieb.

Ein weiteres Problem der Armee besteht im zunehmenden Einfluß des politischen Islam. Die Machthaher haben nichts unversucht gelassen, um diese Entwicklung zu unterdrücken: Die Wohlfahrtspartei (Refah Partisi) wurde vom Verfassungsrat verboten, ihre Führer vor Gericht gestellt, die islamistischen Bürgermeister von Istanbul und Kayseri wurden zu Haftstrafen verurteilt, die Sendungen islamistischer Fernsehstationen zensiert, es sind Ermittlungsverfahren gegen Geschäftsleute eröffnet worden usw. Und dennoch haben bei den letzten Parlamentswahlen die Islamisten mit 21,7 Prozent der Stimmen ihre Position als bedeutendste politische Kraft noch ausgebaut.

Daß dieses polizeistaatliche Vorgehen der Armee gegen die Islamisten wenig fruchtet, liegt auch an den zahlreichen Skandalen, von denen die politische Klasse und die Militärkreise erschüttert wurden. Das Paradebeispiel ist der Susurluk-Skandal: Durch einen Autounfall am 4. Dezember 1996 kam ans Licht, daß enge Beziehungen zwischen hochgestellten Regierungsvertretern (darunter auch Minister und Polizeifunktionäre) und dem organisierten Verbrechen bestanden – so hatte der Staat zum Beispiel bezahlte Killer eingesetzt, um armenische und kurdische Aktivisten umbringen zu lassen.

Den Sturz der Refah-Regierung unter Necmettin Erbakan, im Juni 1997, kann man als eine Art verdeckten Militärputsch betrachten. Die danach regierende Minderheitskoalition aus zwei Parteien der traditionellen Rechten und einer kleinen Partei der nationalistischen Linken hatte weder genug inneren Zusammenhalt noch die schlüssige politische Strategie, um das Land zu führen, und mußte nach einem Mißtrauensantrag Ende November zurücktreten. Angesichts der verfahrenen politischen Situation hat das Parlament vorgezogene Wahlen für den 18. April 1999 beschlossen. Aber auch bei diesem Urnengang kann die neue Tugendpartei, die Nachfolgeorganisation der Wohlfahrtspartei, mit einer sicheren Stimmenmehrheit rechnen. Am 11. Oktober 1989 brachte sie trotz aller Gegenmaßnahmen der Armee und der meisten Massenmedien in 25 Städten des Landes über zwei Millionen Menschen auf die Straße, die sich zu einer "Menschenkette der Freiheit" formierten, um gegen das Schleierverbot zu protestieren. Mit der Propagandakampagne gegen Syrien hoffte das Militär, einen Wahlsieg der Islamisten zu vermeiden.

Die Krise zwischen Syrien und der Türkei scheint beigelegt, nachdem die beiden Länder im Oktober ein Abkommen geschlossen haben. Aber auch wenn Damaskus bereit ist, die Unterstützung für die PKK einzustellen – auf die inneren Auseinandersetzungen in der Türkei wird dies wenig Einfluß haben. Die Krise, die um das Auslieferungsbegehren bezüglich Öcalans zwischen der Türkei und Italien entstanden ist, macht deutlich, daß die Armee noch immer nicht begreift, daß die Ursprünge des Kurdendramas in der Machtstruktur des eigenen Landes liegen.

U N T E R S U C H U N G S K O M M I S S I O N   A N D R E A   W O L F

Internationale Unabhängige Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf und weiterer Kämpferinnen durch das türkische Militär in Kurdistan und zur Untersuchung der Behandlung von Kriegsgefangenen und Kriegsverbrechen.

Koordinationsbüro München c/o Rechtsanwältin Angelika Lex, Landwehrstraße 55, 80336 München.
Tel.: 089/544 044 34. Fax: 089/ 544 044 36, vorläufige@: oskar.schmid@t-online.de

Münchner Aufruf

Der Initiativkreis der FreundInnen und GenossInnen von Andrea Wolf ruft zur Unterstützung einer Internationalen unabhängigen Untersuchungskommission auf

Augenzeugen berichten, daß am 22.10.1998 Andrea Wolf, deutsche Internationalistin in der YAJK, der Frauenarmee des freien Frauenverbandes innerhalb der Kurdischen Arbeiterpartei PKK bei Keles/Kurdistan während eines Angriffs der türkischen Armee gefangengenommen wurde. Nach einem Verhör wurde sie als unbewaffnete Gefangene erschossen, weil sie sich weigerte mit dem türkischen Militär zu kooperieren. Wie die Augenzeugen berichten, wurden außer Andrea Wolf mindestens acht weitere kurdische Guerillas, deren Namen uns noch nicht bekannt sind, kaltblütig hingerichtet.

Die Erschießung von wehrlosen Gefangenen erfüllt nach geltendem, internationalem Recht den Tatbestand des Mordes. Die Tötung bereits entwaffneter und kampfunfähiger Gefangener ist ein eklatanter Verstoß gegen alle Kriterien des internationalen Völkerrechts.Die Mißhandlung und Tötung gefangener Kombattant/inn/en ist ausdrücklich durch für alle Staaten geltendes, internationales Recht verboten. Das wurde in der Haager Landkriegsordnung ebenso festgelegt wie in den Zusatzprotokollen der Genfer Konvention von 1977, die sowohl für zwischenstaatliche wie innerstaatliche Konflikte gelten.
Die Ermordung von Andrea Wolf und der anderen, noch unbekannten Kriegsgefangenen ist offensichtlich kein Einzelfall. Es gibt zahlreiche Berichte und Hinweise auf systematische Verstöße der türkischen Armee gegen das internationale Völkerrecht im Krieg gegen Kurdistan. Während von kurdischer Seite die Genfer Konvention 1995 unterzeichnet wurde und eingehalten wird, verweigert die Türkei bis heute ihre Unterschrift.
Das Ergebnis ist ein schmutziger Krieg in Kurdistan, den das türkische Militär gegen die Zivilbevölkerung und, unter Verletzung internationalen Kriegs- oder Völkerrechts, auch gegen die Guerilla führt: Seit 1984 gibt es eine massenhafte Vertreibung der kurdischen Bevölkerung und über 3000 zerstörte Dörfer. Menschenrechtler/innen "verschwinden", im staatlichen Auftrag wird auf Journalist/innen geschossen und Schriftsteller/innen werden inhaftiert, gefoltert oder ermordet, weil sie über die Existenz von Kurdistan sprechen und von der blutigen Realität des türkischen Krieges gegen Kurdinnen und Kurden berichten.
Der türkische Staat betreibt diesen Krieg, die Bundesrepublik Deutschland unterstützt ihn: Mit Militärhilfe, Ausbildung von Spezialeinheiten, enger geheimdienstlicher und diplomatischer Zusammenarbeit. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die freie politische Betätigung von Kurdinnen und Kurden aufgehoben ("PKK-Verbot": Schließung kurdischer Organisationen und Vereine) und türkische und kurdische Regimegegner/innen werden in die Türkei abgeschoben.
Nachdem der Tod von Andrea Wolf und die Umstände bekannt wurden, reagierte die türkische Regierung auf die offizielle Anfrage der Bundesregierung, in dem sie den Vorfall abstritt. Diese bisherigen Reaktionen machen deutlich: Wie unzählige Male vorher soll eine Aufklärung und Verurteilung der Täter nicht stattfinden.

Deshalb unterstützen wir die Internationale Unabhängige Untersuchungskommisssion

Gemeinsam mit Lilo Wolf, der Mutter von Andrea, wollen wir eine unabhängige Untersuchung:
Sie soll aufklären, was am 22.10.1998 in Keles/Kurdistan genau geschehen ist und die Umstände des Todes von Andrea Wolf und mindestens acht weiterer Kämpferinnen recherchieren. Sie soll die Öffentlichkeit darüber unterrichten, welche völkerrechtlichen, strafrechtlichen und politischen Konsequenzen aus den Untersuchungsergebnissen zu ziehen sind

Von zentraler Bedeutung bei dieser Untersuchung ist: Die Ermordung von Andrea Wolf ist kein Einzelfall. Das Massaker vom 22.10.1998 steht in einer langen Reihe von Kriegsverbrechen. Die Statistiken der international renommierten IHD-Menschenrechtsvereine lügen nicht. Immer wieder begehen türkische Militäreinheiten im Krieg gegen die kurdische Guerilla Greueltaten: Gefangene werden auf entsetzliche Weise mißhandelt, gefoltert, Frauen vergewaltigt. Die Arbeit der Kommission ist insofern von grundsätzlicher Bedeutung. Ihre zentrale Aufgabe wird es sein, die Systematik der Mißhandlung und Hinrichtung von Kriegsgefangenen zu klären

Die Aufklärungsarbeit der Untersuchungskommission soll eine öffentliche Verurteilung des türkischen Staates unterstützen. Der türkische Staat muß gezwungen werden, die Genfer Konvention zu unterschreiben, anzuerkennen und einzuhalten. Die Verantwortlichen für Mißhandlung, Folter und Ermordung müssen zur Rechenschaft gezogen werden, der türkische Staat wegen seiner ständigen Verstöße gegen das Völkerrecht und seiner Kriegsverbrechen international geächtet werden.
Zudem fordern wir die sofortige Einstellung der deutschen Militärhilfe an den türkischen Staat, den Stop der Ausbildung türkischer Spezialeinheiten und die Untersuchung, Verurteilung und Einstellung der Zusammenarbeit deutscher und türkischer Geheimdienste.
Die Kommission soll mit ihrer Arbeit und ihren Initiativen dazu beitragen, die Einhaltung der Genfer Konvention und des internationalen Völkerrechts durchzusetzen, sowie eine lückenlose Aufklärung und Bestrafung von Kriegsverbrechen zu ermöglichen. Menchenrechte sind kein Privileg der Mächtigen, Menschenrechte sind unteilbar: Ob für Zivilist/innen, Journalist/innen, Gewerkschafter/innen, Politiker/innen, Soldaten oder Guerilla-Kämpfer/innen.

Auch deshalb sind wir der Überzeugung, daß die Aufklärung der Kriegsverbrechen in Kurdistan, deren internationale Verurteilung und Beendigung zu einer politischen Lösung des Krieges in Kurdistan beitragen kann, die die Rechte und Interessen des kurdischen Volkes wahrt.

München, Marburg und Frankfurt, den 22. November 1998

zur lage in kurdistan

Die Internationalistin Eva Juhnke wurde am 17. September 1998 nach elfmonatiger Untersuchungshaft vom Staatssicherheitsgericht (DGM) in Van in Abwesenheit zu 15 Jahren Haft wegen Mitgliedschaft in der PKK verurteilt.

Post: Eva Juhnke
E-Tipi Cezaevi
Batman
Türkiye/Türkei

Die Internationalistin Eva Juhnke wurde im Oktober 1997 von türkischen Spezialeinheiten während der Militäroperation "Morgenröte" in Südkurdistan festgenommen. Anschließend wurde sie vor das türkische Staatssicherheits-Militärgericht (DGM) in Van (Nord-West-Kurdistan) verschleppt. Dort erhob das Gericht am 26. Oktober 1997 eine Anklage gegen sie wegen "Mitgliedschaft in der PKK" (Arbeiter Partei Kurdistan). Erst im Dezember '97 erhielten ihre Angehörigen Nachricht von ihrer Festnahme. Bis dahin waren schon drei Prozesstermine ohne juristischen Beistand gegen sie durchgeführt worden. Am 6.Juni forderte die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 12-18 Jahren gegen sie.
Beim Prozeßtermin am 23. Juli wurde durch die Polizei erneut verhindert, daß die zahlreich anwesenden Kurdinnen und Kurden den Prozeß beobachten konnten. Lediglich zwei von ihnen wurden schließlich als Prozeßbesucherinnen zugelassen. Ein Teil der Delegation blieb daraufhin aus Protest ebenfalls vor dem Gerichtsgebäude. Währendessen konnte Eva vor Gericht ihre Prozeßerklärung verlesen, die wir hier vollständig veröffentlichen. Wegen der angeblich immer noch fehlenden Übersetzung der Erklärung, die dem Gericht seit mehreren Monaten schriftlich vorliegt, wurde der Prozeß erneut vertagt. Die deutsche Internationalistin Eva Juhnke verweigert am 17. September im kurdischen Van vor dem türkischen Staatssicherheitsgericht ihre Beteiligung an ihrem inzwischen neunten Verhandlungstermin. Mit ihrer Verweigerung schließt sie sich einem Boykott der Staatssicherheitsgerichte durch die politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen seit dem 5. September an. Diese haben in einer gemeinsamen Erklärung die Schließung dieser Sondergerichte und die Aufhebung von deren Urteilen gefordert

Globalisierung



Ökonomisch stand 1998 im Zeichen der Globalisierung. Dabei haben bundesdeutsche Firmen aufgeholt und spielen mittlerweile wieder mit in der ersten Reihe. Mit der Fusion von Bankers Trust und der Deutschen Bank steht erstmals ein Bankinstitut mit deutscher Führung wieder an der Spitze der weltgrößten Kapitalisten-Häuser (siehe nebenstehende Grafik).
Mit dem "Multilateralen Abkommen über Investitionen" wollte die Internationale des Finanzkapitals 1998 ein Abkommen beschließen, was die Welt nach Interessen der Multis neu aufteilen sollte. Das MAI ist vorerst gescheitert. Das ist gut so, und daraus könnten sich Perspektiven für eine adäquate Antwort der Linken auf die Globalisierung ergeben, wie ein lesenswerter Text auf den folgenden Seiten skizziert.

Operation „Global Player" Beschlossene und geplante Fusionen deutscher Konzerne

Angaben jeweils letztes Geschäftsjahr

Die Automobil-Fusion



	DaimlerBenz	Chrysler Corporation
Umsatz	124 Mrd. Mark	105 Mrd. Mark
Gewinn vor Steuern	8,0 Mrd. Mark	5,5 Mrd. Mark
Mitarbeiter	300000	121000

Durch den „Merger of Equals", den Zusammenschluß Gleichtberechtigter, entsteht der drittgrößte Automobilkonzern der Welt. Das Einsparpotential wird auf 2,5 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt. Die Marken Mercedes-Benz, Smart, Chrysler, Dodge, Plymouth und Jeep bleiben eigenständig.

Die Finanz-Fusion

	Deutsche Bank	Bankers Trust
Bilanzsumme	1043 Mrd. Mark	252 Mrd. Mark
Gewinn vor Steuern	2,0 Mrd. Mark	1,6 Mrd. Mark
Mitarbeiter	74000	18000

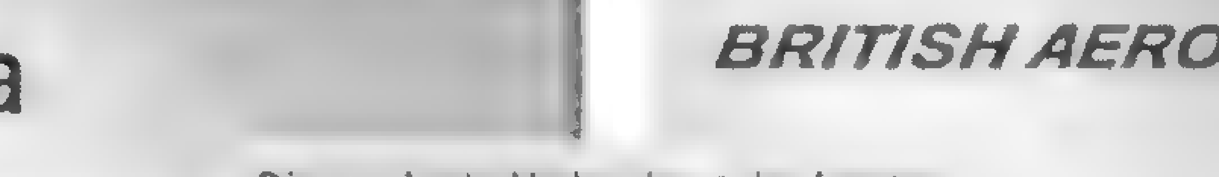
Mit einer Bilanzsumme von rund 1,3 Billionen Mark würde das neue Duo zum weltgrößten Bankkonzern. Die Deutsche Bank will für die Übernahme rund 16,5 Milliarden Mark zahlen und würde beim Zustandekommen der Fusion im US-Investmentgeschäft eine nennenswerte Rolle spielen.

Die Pharma-Fusion

	Hoechst	Rhône-Poulenc
Umsatz	52,1 Mrd. Mark	27,3 Mrd. Mark
Gewinn vor Steuern	2,6 Mrd. Mark	–1,5 Mrd. Mark
Mitarbeiter	137000	68000

Aus dem geplanten Zusammenschluß des deutschen mit dem französischen Chemieriesen würde mit 79,4 Milliarden Mark Umsatz der weltweit größte Anbieter von Pharma- und Agrochemieprodukten entstehen. Analysten erwarten Synergieeffekte, die die Kosten um 1,5 bis 2 Milliarden Mark senken.

Die Luftfahrt-Fusion



	Dasa	British Aerospace
Umsatz	15,3 Mrd. Mark	25,5 Mrd. Mark
Gewinn* vor Steuern	0,4 Mrd. Mark	1,8 Mrd. Mark
Mitarbeiter	43500	43400

Die geplante Verbindung der beiden Konzerne gilt als erster Schritt, die großen europäischen Luftfahrtunternehmen zu einem Gesamtkonzern zu vereinigen. Gemeinsam würden Dasa und British Aerospace einen Umsatz von mehr als 40 Milliarden Mark erzielen und rund 87 000 Mitarbeiter beschäftigen.

*operativer Gewinn, Beitrag zum Daimler Benz-Konzern

Die Fusion der Aluminium-Produzenten

	VIAG	algroup
Umsatz	49,5 Mrd. Mark	11,6 Mrd. Mark
Gewinn vor Steuern	1,2 Mrd. Mark	0,5 Mrd. Mark
Mitarbeiter	95600	31400

Mit der angekündigten Fusion stärkt der Mischkonzern Viag seinen industriellen Sektor. Das neue Unternehmen würde damit eine führende Position im Weltmarkt für Aluminium einnehmen. Das Einsparpotential wird auf mehrere hundert Millionen Mark jährlich geschätzt.

Ein sehr lesenwerter Artikel aus Le Monde Diplomatique vom 11.12.1998

Die Globalisierung

Wie das MAI zu Fall gebracht wurde

Der Abbruch der drei Jahre währenden OECD-Verhandlungen über das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) ist ein unbestreitbarer Sieg der Bürgerinitiativen, die in zahlreichen Ländern und insbesondere in Frankreich die Öffentlichkeit mobilisiert haben, um die Unterzeichnung des Abkommens zu verhindern. Die Kampagne hat nicht nur die undurchsichtige Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftskreisen und Regierungsinstanzen enthüllt; sie hat auch gezeigt, daß die neuen, dem Zeitalter der Globalisierung angepaßten Strategeien der sozialen Kämpfe und der systematische Einsatz des Internet zum Erfolg führen können.

Von Christian de Brie

"Die Entstehung von Aktivistengruppen droht die öffentliche Ordnung, die rechtmäßigen Institutionen und den demokratischen Prozeß zu untergraben. (...) Es müßten Regeln afgestellt werden, um die Legitimität dieser aktivistischen regierungsunabhängigen Organisationen zu klären, die vorgeben, die Interessen großer Teile der Zivilgesellschaft zu vertreten." Der aggressive Ton dieser Erklärung, die von 450 Vorstandsvorsitzenden und Managern multinationaler Konzerne im September 1998 in Genf angenommen wurde, dokumentiert das Ressentiment der Wirtschaftsmächte gegenüber neuen Protestformen, deren Effektivität sich vor allem im Kampf gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) erwiesen hat. Die zynische Drohung stammt von der Internationalen Handelskammer, die als weltweite Lobby der multinationalen Unternehmen auftritt und als veritable Aktivistengruppe des Big Business gelten darf. Der Präsident der Internationalen Handelskammer, der als Hardliner bekannte Nestle-Chef Helmut O. Maucher, ist übrigens auch Vorsitzender des Europäischen Industriekreises (European Round Table of Industrialists, ERT) sowie des alljährlich tagenden Davoser Weltwirtschaftsforums – zwei Gruppen, die so eindeutig die rechtmäßigen Institutionen untergraben, wie sie jeder demokratischen Legitimation entbehren.

Über den Fortgang der 1995 begonnenen MAI-Verhandlungen wurde bekanntlich ohrenbetäubendes Stillschweigen bewahrt. Ort der Gespräche war passenderweise das Pariser Schloß "La Muette" ("Die Stumme"); den organisatorischen Rahmen stellte die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ein Privatclub der 29 reichsten Ländern der Welt, in dem 90 Prozent der multinationalen Unternehmen zu Hause sind. Nach dem Vertragsentwurf hätten sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, ihre nationalen Ressourcen, egal als welche Vermögenswerte sie sich präsentieren, vorbehalt- und bedingungslos dem nächstbesten kaufentschlossenen Investor auszuliefern. Alle anderslautenden gesetzlichen Regelungen hätten nur provisorische Gültigkeit behalten und wären in absehbarer Zeit unwiderruflich abgeschafft worden. Bei Zuwiderhandlungen waren Strafen angedroht: Gewinnmindernde Auflagen hätten die Unternehmen zu Schadenersatzforderungen berechtigt, deren Höhe von den Schiedsinstanzen der Internationalen Handelskammer festgelegt werden sollten. Mit diesen Regelungen konnte jeder multinationale Konzern zufrieden sein, der sich das Recht anmaßt, "zu investieren, wo und wann er will, zu produzieren, was er will, Ein- und Verkauf zu regeln, wie er will, und dies bei möglichst geringen [sozialen, steuerlichen und ökologischen] Auflagen", wie der Präsident von ABB es einmal formulierte.

Hier sollte nicht weniger als ein Recht auf Ausplünderung festgeschrieben werden, das weniger den wirklichen Investoren als vielmehr den Spekulanten zugute kommen sollte, deren flüchtige Geldanlagen auf den Finanzmärkten heute 85 Prozent aller Jnvestitionen" ausmachen. Das ganze erinnert an das kolonialistische Diktat des Vertrags von Tien-Tsin von 1858, mit dem China gezwungen wurde, sich den damaligen Investoren zu öffnen, die zufällig die großen westlichen Handelsgesellschaften waren, die den Opiumhandel monopolisierten und das Land im Namen der "Freiheit des Handels" vergifteten.

Erst im April 1997 wurde das ungeheuerliche

Projekt enthüllt, zunächst in Kanada und den Vereinigten Staaten, dann auch in Europa. Doch damit war sein Schicksal besiegelt. “Ein politischer Dracula wie das MAI war im Licht der Öffentlichkeit nicht lebensfähig”, schrieb Lori Wallach. Nachdem der Vertrag seziert und analysiert war, begannen gemeinnützige Verbände, Bürgerinitiativen und regierungsunabhängige

des Widerstands

Organisationen, die Bürger und ihre gewählten Vertreter über den Inhalt des Entwurfs zu informieren und zu mobilisieren. Bereits ein Jahr später wurden die Verhandlungen, auch dank dieser Kampagne, vorübergehend ausgesetzt. Als sich die französische Regierung dann im Oktober 1998 vom Verhandlungstisch zurückzog, war das Projekt zumindest im Rahmen der OECD endgültig gestorben.

Für viele war es eine regelrechte Offenbarung, zu entdecken, was sich hinter der spektakulären Medienfassade der Demokratie abspielt. Zwar ist kein Bürger so naiv, zu glauben, daß die Macht wirklich vom Volk ausgeht – das verfassungsgemäß vermittelt über seine gewählten Vertreter die Macht ausübt –, doch wer wäre ernsthaft auf den Gedanken gekommen, daß man in seinem Namen heimlich und systematisch die Grundfesten der Demokratie zu untergraben versucht? Bei Verträgen wie dem MAI steht nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiel als der Übergang vom “Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Völkerbestimmungsrecht der Investoren” . Der Bürger soll fortan nicht der nationalen Gesetzgebung, beschlossen von gewählten Parlamenten und überwacht von staatlichen Gerichten, untergeordnet sein, sondern marktkonformen Regeln, die unter dem Druck der multinationalen Unternehmen ausgehandelt und durch eine private Schiedsgerichtsbarkeit durchgesetzt werden. So wird die “gesetzgebende Gewalt privatisiert und das Handelsrecht über das öffentliche Recht gesetzt” .

Ohne die Komplizenschaft der Hüter des Gesetzes und der Repräsentanten des Gemeinwohls wäre der Überfall aber schlicht unmöglich gewesen. Diese Komplizenschaft vollzieht sich heimlich, still und leise über die zahlreichen Vermittlungsstationen, die sich zwischen die Verhandlungs- und entscheidungsbefugte Staatsmacht und die Bürger [schieben, in] deren Auftrag sie eigentlich hand[eln ...] einzelne Bürger wählt einen parla[...] Vertreter, der – wenn er zur Mehr[...] gehört – die Regierung unterstüt[zt, ...]rum den ganzen MAI-Vorgang dem zuständigen Finanzminister anvertraut. Der Minister schickt einige höhere Beamte, in die Verhandlungsrunde, die bei jeder heiklen Frage eine „Expertengruppe” hinzuziehen. Die Experten holen gewöhnlich die Stellungnahme von Beratern ein, die ihrerseits häufig für multinationale Unternehmen arbeiten. Auf der Grundlage dieser qualifizierten Stellungnahme fertigt der, „Experte” seine „Expertise” an. Der hohe Beamte nickt die Sache ab, der Minister steht hinter seinen Untergebenen und findet Rückendeckung bei seiner Regierung, die wiederum das Vertrauen der Regierungparteien genießt, deren Abgeordnete am Ende den Gesetzestext im Namen des Bürgers verabschieden. Aus und vorbei. Je weiter man sich vom Bürger und vom Wähler entfernt und sich den Kreisen nähert, die Entscheidungen vorbereiten und vorherbestimmen, um so undurchsichtiger, ja geheimer wird die Sache.

Die dringlichste Aufgabe besteht also darin, die gewählten Vertreter in Parlament und Gemeinderat zu alarmieren, die meist wenig oder überhaupt nichts wissen: „Ich habe keine Ahnung, wer was in wessen Namen aushandelt”, räumte Jack Lang, Präsident des Auswärtiges Ausschusses der französischen Nationalversammlung, mit Blick auf das MAI ein, und dies zu einem Zeitpunkt, da es schon zwei Jahre diskutiert wurde. In Frankreich hat sich immerhin etwas getan. Einige Parlamentarier der Grünen, der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei griffen die Sache auf, verbreiteten die Informationen weiter und deckten die Regierung mit Anfragen ein. Diese wiederum betraute Catherine Lalumiere während der Verhandlungspause im April 1998 mit einem Bericht, dessen Schlußfolgerungen für die Entscheidung Frankreichs, sich vom Verhandlungstisch zuükkzuziehen, ganz sicher eine Rolle spielten.

Nun sollten sich die Parlamentarier gewiß zur systematischen Überwachung aller laufenden Verhandlungen auf Regierungsebene durchringen – zumal sie über deren Ergebnisse irgendwann abzustimmen haben. Doch wir sollten uns keineswegs blind auf ihre Wachsamkeit verlassen – ebensowenig wie auf die Medien, die nur allzu oft die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von wichtigen Fragen ablenken. Am besten wäre es also, eigene Beobachtungsinstrumente zu schaffen, um den

Instanzen, Verfahren und Projekten der neuen, weltweit agierenden Macht auf die Spur zu kommen, die ihre Machenschaften auf dem Rücken der Völker austrägt und sich hinter unverständlichen Abkürzungen versteckt. Und dabei nicht darauf zu verzichten, die Akteure, die ja vor allem anonym bleiben wollen, beim Namen zu nennen und zur Verantwortung zu ziehen.

Aus der Anti-MAI-Kampagne ergibt sich eine zweite Lektion: Auch mit sehr bescheidenen Mitteln lassen sich Erfolge erzielen, wenn man mit Hilfe von Multiplikatoren wie gemeinnützigen Verbänden und Bürgerinitiativen weite Teile der Bevö1kerung mobilisiert und damit die Kräfteverhältnisse zu eigenen Gunsten verändert. In Frankreich zum Beispiel beteiligten sich an der Anti-MAI-Initiative so unterschiedliche Organisationen wie die Arbeitsloseninitiative AC!, die Bauernorganisation Confederation Paysanne, die Vereinigung Droits devant, die Gewerkschaften Syndicat National Unifie des Impots und Federation des Finances CGT sowie Oxfam und Dutzende anderer Organisationen, die zum Teil auch die Initiative Attac unterstützen. Solche Bündnisse könnten nicht nur Feuerwehraktionen gegen dieses oder jenes verheerende Projekt organisieren, sondern auch eigenständige Vorschläge ausarbeiten. Ähnliche Initiativen entstanden in Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, den Vereinigten Staaten, Kanada und anderen Ländern.

Zur realen Möglichkeit wurde der globale Informationsaustausch und Widerstand gegen das MAI aber erst durch das Internet. Blitzschnell wurden die in der Diskussion befindlichen – und als vertraulich geltenden – Vertragstexte in englischer und französischer Sprache verbreitet. Kritische Gutachten und Analysen, die bei solch komplizierten Fachfragen unerläßlich sind, wurden grenzüberschreitend ausgetauscht und veröffentlicht. Diskussionsforen, Abklärung von Aktionsvorschlägen und die länderübergreifende Abstimmung des weiteren Vorgehens, die Beobachtung der Folgeprojekte des MAI – all diese Aktivitäten liefen über das Internet.

Bis vor kurzem konnten sich nur multinationale Unternehmen und einige größere Staaten ein weltweites Informationssystem leisten, um ihre Macht zu konsolidieren. Mit dem Internet ergeben sich nun auch neue Perspektiven für die Globalisierung des Widerstands. "Dies wird man künftig in Rechnung stellen müssen", meinte der französische Wirtschafts-, Finanz- und Industrieminister Dominique Strauss-Kahn und fügte hinzu: „Nach dem MAI wird man nicht mehr auf dieselbe Weise verhandeln wie zuvor. Die Niederlage des MAI ist in gewisser Weise ein Sieg der Globalisierung." Nur daß diese Globalisierung kaum etwas mit der gemein hat, die seit zehn Jahren von den multinationalen Unternehmen und zwischenstaatlichen Organisationen betrieben wird.

Doch Politik und Wirtschaft holen bereits zum Gegenschlag aus. Nachdem das MAI im Rahmen der OECD gestorben ist, lauert Dracula – oder seine geklonte Version – bereits an anderer Stelle. Bei der Welthandelsorganisation (WTO) beispielsweise könnte das Projekt, das dort vor vier Jahren gestartet wurde, bereits im nächsten Jahr erneut auf den Verhand- lungstisch kommen, und zwar als eigenständige Initiative oder im Rahmen einer "Verhandlungsrunde zur Jahrtausendwende". Und im Rahmen der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft (TWP), die eine transatlantische Freihandelszone anstrebt – die neueste Version eines alten, gegen Europa gerichteten Projektes – wird auf der Grundlage von Empfehlungen des "Transatlantic Business Dialogue"' bereits jetzt intensiv über eine MAI-ähnliche Liberalisierung der Investitionen verhandelt. Das MAI sollte allen spekulativen Investoren und investierenden Spekulanten schlagartig den Zugriff auf sämtliche Reichtümer der Welt ermöglichen. Ohne den entschlossenen Widerstand der Bürger vieler Länder besteht nicht die geringste Aussicht, daß sich die multinationalen Unternehmen von diesem Vorhaben abbringen lassen.



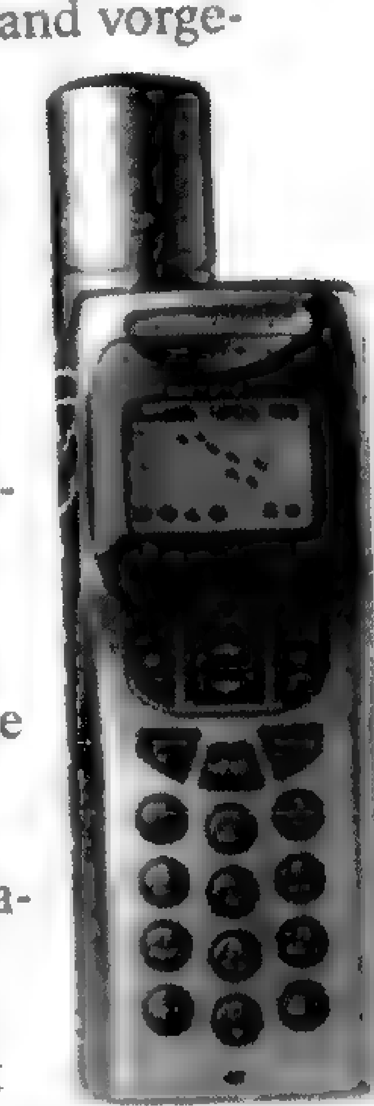
Der große Lauschangriff

Anfang des Jahres verabschiedete eine ganz große Koalition der "Inneren Sicherheit" von CDU/CSU, FDP und SPD den sog. Großen Lauschangriff. Seitdem sind auch Privatwohnungen nicht mehr geschützt - nach der defsacto-Abschaffung des Asylrechts eine weitere Rücknahme von Grundrechten im Rahmen des Staatsumbaus.

ÜBERWACHUNG

Grenzenloses Lauschen

Pin-Nummern von Handys, die Kennwörter von Mailboxen, die Rufnummern von Gesprächsteilnehmern oder die Paßwörter im Internet müssen künftig von Netzbetreibern in Europa an die Polizei weitergeleitet werden, wenn ein Internet- oder Telefonbenutzer strafverdächtig ist und abgehört werden soll. So sieht es ein Entwurf des Rates der EU-Innen- und Justizminister vor. Die deutschen Minister Otto Schily und Herta Däubler-Gmelin sollen darüber mit ihren europäischen Amtskollegen bei einer der nächsten Ratssitzungen in Brüssel entscheiden.
Der Entwurf bezieht sich insbesondere auf Lauschmaßnahmen bei der Satellitenkommunikation wie etwa bei den neuartigen Iridium-Handys, auf das Internet, auf Paging-Dienste, auf Mobil- und Festnetztelefone sowie auf vorbezahlte Mobiltelefonkarten. Auch die „Anbieter kryptographischer Dienste", die sensible Daten von Firmen für die Kommunikation verschlüsseln, müssen den Fahndern Klartexte oder Schlüssel herausgeben. Die in Deutschland vorgeschriebene richterliche Anordnung ist in dem EU-Entwurf nicht ausdrücklich geregelt. Lediglich von „gesetzlich ermächtigten Behörden" ist die Rede. Sie benötigen „Zugriff auf den gesamten Fernmeldeverkehr" der überwachten Person oder „Zugriff, wann immer das Überwachungssubjekt an das Internet angeschlossen ist". Die Netzbetreiber müssen auch während der Abhöraktion einwandfreie technische Qualität bieten, damit der Belauschte nichts merkt: Die Sprache dürfe nicht verzerrt werden, „abnormale Anzeigen" auf den Handy-Displays seien zu vermeiden.


Iridium-Handy

Ozapft is
Neue Techniken für die Personenüberwachung

Elektrischer Schloßöffner mittels eines vibrierenden Stiftes werden selbst teure Sicherheitsschlösser schnell geöffnet

1) **Telefon- und Raumüberwachungssender** wird vom Telefonstrom gespeist und schaltet automatisch auf Raumüberwachung um, wenn nicht telefoniert wird

2) **Mikrosender für Telefonüberwachung** nicht von üblichen Telefon-Elektronikbauteilen zu unterscheiden

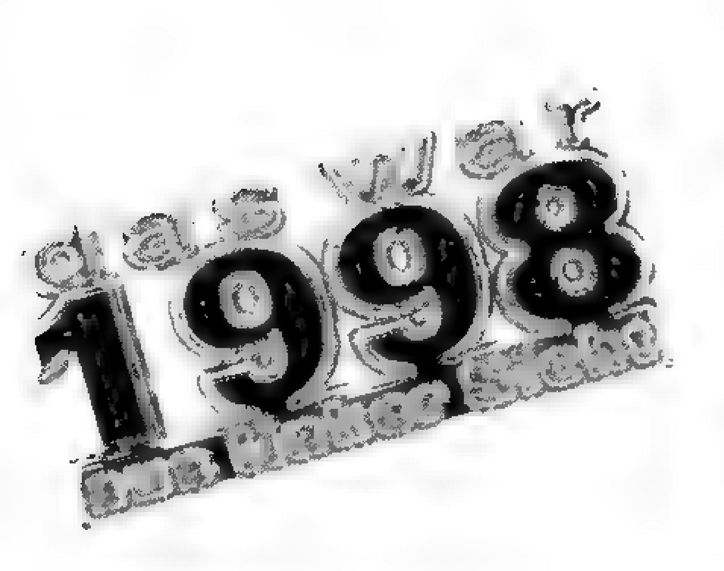
3) **Drahtloses Bild- und Tonübertragungssystem im Bilderrahmen** Videokamera mit Winkeloptik, Aufnahmebereich von 2 Meter bis unendlich, Mikrofon, Audio/Videosender

EMPFÄNGER

4) 5) **Glühbirne und Tisch-Steckdose mit Abhörsender** durch Netzstromversorgung beliebige Einsatzdauer

6) **Laser-Abhörgerät** aus bis zu 500 Meter Entfernung wird ein Laserstrahl auf eine Fensterscheibe gerichtet; aus den reflektierten Strahlen lassen sich die Gespräche im Zimmer hinter dem Fenster rekonstruieren

7) **Parabolrichtmikrofon** für direktes Abhören aus bis zu 50 Meter Entfernung



Neonazis, Rechtsextremisten und das Jahr 1998

Deutliche Fortschritte, aber auch Enttäuschungen - so läßt sich vielleicht am besten zusammenfassen, wie das abgelaufene Jahr aus Sicht vieler Rechtsextremisten und Nazis zu betrachten ist. Fortschritte, weil die rechtsextreme DVU mit einem zweistelligen Ergebnis in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog und sich die subkulturellen Neonazi-Strukturen flächendeckend verfestigt haben. Enttäuschung, weil die hochgesteckten parlamentarischen Erwartungen von NPD und DVU bie den Wahlen zum Bundestag sowie zum Landtag in Mecklenburg Vorpommern nicht erfüllt wurden. Kein Grund zur Entwarnung, wie ein etwas genauerer Blick beweist. Dabei muß eine genauere Analyse zum Stand rechtsextremer und neonazistischer Politik zwischen den Parteien und der neonazistisch orientierten (Jugend-)Szene unterscheiden.

Rechte Parteien

Vor allem die NPD und die DVU haben in diesem Jahr für Schlagzeilen gesorgt, während die Republikaner eher bedeutungsloser wurden. Die NPD als Schnittstelle zwischem bürgerlichem und militantem Rechtsextremismus hat dabei ein ambivalentes Jahr hinter sich: Während auf der Straße eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen waren (siehe unten), ist der "Kampf um die Parlamente" (NPD-Vorsitzender Voigt) nicht erfolgreich gewesen. Bei der Bundestagswahl verpasste die Partei mit 0,5 % die Wahlkampfkostenrückerstattung, die 1,1 % in Mecklenburg-Vorpommern erfrüllten ebenfalls die hochgesteckten Erwartungen nicht. Allerdings: Die NPD hat weiter ihre Strukturen verfestigt, die Mitgliederzahl ist ebenfalls gestiegen und die Partei als derzeit radikalste erlaubte Organisation etabliert. Offen bleibt, wie sich die jüngst anhand der Demonstration am 5. Dezember in Berlin für Frank Schwerdt aufgebrochenen Streitlinie zwischen offen militant-neonazistischen Freien Kameradschaften und der NPD weiter entwicklen wird. Der nächste Prüfstein für Antifas wird die Landtagswahl in Sachsen im Sommer kommenden Jahres sein, wo die NPD mit hohem Aufwand ein besseres Wahlergebnis anstrebt.

Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig



Die 12,9 % der DVU in Sachsen-Anhalt im März haben der Frey-Partei zwar ein zwischenzeitliches Hoch beschert, die Bundestagswahl sowie der verpasste Einzug in Meck-Pomm haben dies allerdings schnell wieder relativiert. Die eindeutige Steuerung aus München und die peinlichen Auftritte der Kandidaten haben die DVU bundesweit zu einer Lachnummer werden lassen. Wer wollte, wußte dies allerdings auch schon vorher - als Kanalisation für rassistisches

Stimmpotential wird die DVU auch weiterhin potentiell Wahlerfolge erringen, politisch aber weder in den Parlamenten noch außerhalb eine veränderte Rolle spielen.

Neonazi-Szene

Für die Neonazi-Szene dürfte das Jahr 1998 eines ihrer erfolgreicheren der jüngeren Vergangenheit sein. Zwei Hauptlinien bestimmmen dabei die derzeitige Entwicklung: Das Bündnis mit der NPD mit partieller personeller und struktureller Integration sowie die regionale Entwicklung von subkulturellen Basisstrukturen. Vor allem der politische Tabubruch ist durch den Schulterschluß des neonazistischen Lagers mit der NPD gelungen: Mit einer Reihe von Aufmärschen hat neonazistische Politik wieder ein legales Auftreten auf der Straße gefunden. 1998 markiert insofern einen Einschnitt, als daß es in keinem Jahr zuvor so viele Neonazi-Aufmärsche mit so hoher Beteiligung und einer so hohen zumindest passiven Akzeptanz in der öffentlichen Meinung gegeben hat. Angefangen über den Aufmarsch in Dresden Anfang des Jahres über den 1. Mai in Leipzig mit 3.000 bis 4.000 Teilnehmern über diverseste kleinere und mittlere Versammlungen bis hin zum Wahlkampfabschluß in Rostock mit ebenfalls mehreren Tausend Teilnehmern hat die neonazistische Bewegung derzeit in etwa den Mobilisierungs-Grad antifaschistischer Gegenkundgebungen erreicht.
Das Zweckbündnis mit der NPD erfüllt damit zwei Bedingungen: Es garantiert hohe Teilnehmerzahlen und eine politische Bündelung unter dem Signum NPD. Und es legalisiert überwiegend klar nationalsozialistisch ausgerichtete Inhalte, weil die NPD als jahrzehntealte Partei ein legales Gewand darstellt. Es stellt mittlerweile eine explizite Strategie der Neonazis dar, mittels Demonstrationen eine Verankerung in der Öffentlichkeit zu erreichen und gleichzeitig als Gegenpol zu antifaschistischen Kundgebungen asufzutreten. Diese Stategie war 1998 zumindest partiell erfolgreich: Im März in Saalfeld etwa, wo es der NPD gelang, mit einem kleinen Aufmarsch eine linke Bündnisdemonstration aus dem Stadtzentrum zu drängen. Oder im Land Brandenburg, wo antifaschistische Gruppen zum Tag der Befreiung, dem 8. Mai, eine Gedenkdemonstration angemeldet hatten, die mit Hinweis auf eine postwendend angemeldete Neonazi-Versammlung verboten wurde; beide Demos fielen dadurch aus. Dabei ist nicht unbedingt die politische Kräfteverschiebung zwischen Neonzais und Antifa im direkten Vergleich entscheidend, sondern die Wirkung auf die politische Öffentlichkeit, in der sich Neonazis in den vergangenen Jahren als politischer Faktor etablieren konnten. Diese Entwicklung wird die Antifa, aber auch die bürgerliche Öffentlichkeit in den kommenden Jahren vor einige Probleme stellen. Die Möglichkeit eines NPD-Verbots, 1998 immer wieder debattiert, erscheint eher unwahrscheinlich und würde das Problem nur partiell ändern.
Was viel entscheidender wirkt, ist die Etablierung und Stabilisierung einer rechtsextremen, häufig neonazistischen Subkultur, die mittlerweile in vielen Regionen dieses Landes dominant auftritt. Rechtsextreme Kultur durchläuft einen regelrechten Modernisierungsschub, der die Bewegung als modern, hip, revolutionär und faszinierend macht. Vor allem: Es ist mittlerweile keine Kaderangelegeheit mehr, sondern tatsächlich eine Bewegung. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Rechtsextremismus vor allem in den neuen Ländern raus aus einer subkulturellen Nische mitten in den Jugendalltag getreten, mit allen Bestandteilen, wie einer eigenen Musikszene, Konzerten, einem kulturellen "Code", eigenen Treffpunkten und einer sichtbaren Präsenz auf der Straße.

Es ist die Dualität dieser Entwicklung - zunehmende Akzeptanz neonazistischen Auftretens in der Öffentlichkeit kombiniert mit einer subkulturellen Bewegung - die es derzeit so schwer macht, adäquate antifaschistische Gegenstrategien zu entwickeln.

Rechtes Potential

Verschiedene sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben ein rechtsextremes Potential deutlich im zweistelligen Bereich belegt. Die Berliner Wissenschaftler Stöß und Niedermayer nennen für NPD, DVU und Reps bundesweit ein Wählerpotential von 10 Prozent, 17 Prozent in Ost und West würden in rechtsextremen Kategorien denken. Zu ähnlichen Ergebnissen kam der Mainzer Politologe Falter, der Rechtsextremismus-Fachmann Bernd Wagner (Zentrum Demokratischer Kultur) geht mittlerweile davon aus, daß in den neuen Bundesländern rechstextremistisch orientiert seien.

einige Antifas

Repressionswelle gegen aktive AntifaschistInnen aus Nürnberg

Antifa heißt... kriminalisiert werden

Erfolgreicher Antifaschismus wird von diesem Staat kriminalisiert. Wir, das Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg und die Rote Hilfe Ortsgruppe Nürnberg/Fürth/Erlangen wollen die zunehmende Kriminalisierung von Linken in Nürnberg öffentlich machen, um daraus eine Gegenstrategie und Widerstand entwickeln zu können.

Nun ein kurzer Ausschnitt aus dem Leben einer Antifa-Szene, deren Kriminalisierung sich innerhalb des letzten Jahres in einer Summe von über 30000,- Strafgeldern und gut zwei Dutzend Verfahren und Prozesse ausdrückt:

Am 11. Oktober 97 wurde eine bundesweite Antifa-Demo in Saalfeld verboten. Rund 400 Antifas - davon etwa 100 aus Nürnberg bzw. Bayern - wurden für knapp zwei Tage in einem baupolizeilich gesperrten Knast inhaftiert. Gegen diese polizeistaatlichen Methoden protestierten eine Woche später etwa 150 Menschen in Nürnberg.

Konsequenz: Verurteilungen zu insgesamt 2600,- Geldstrafe wegen "Verunglimpfung des Staates" durch die Parole "BRD - Bullenstaat, wir haben dich zum kotzen satt".

Im Spätherbst letzten Jahres fand in der Kleinstadt Herzogenaurach nahe Nürnberg eine Demo gegen dortige Fascho-Umtriebe statt. Nachdem hier ein Adidas-Manager mit rassistischem Hintergrund angegriffen wurde, versuchte im Vorfeld der Demo die CSU diese zu vereinnahmen. Als Antifas die Verbindung von Nazis zu ihren christlich-sozialen UnterstützerInnen aufzeigen wollten, kam es auf der Demo zu einer Rangelei mit äußerst aggressiv auftretenden CSU-Führungspersonen. Grund genug fürs USK (bayrische Spezialeinheit), einen Antifa festzunehmen und einen weiteren niederzuknüppeln. Konsequenz: Strafbefehle über 1200,- und eine Bewährungsstrafe.

Wegen einer Sprüherei am Nazi-Treffpunkt desselben Ortes haben vier Antifas Strafbefehle über insgesamt 12000,- erhalten.

Wahlkampf in Nürnberg: Gleich drei Hausdurchsuchungen wurden aufgrund von "Gefahr im Verzug" von BeamtInnen der Nürnberger Polizei bei Linken durchgeführt, die beschuldigt wurden, REP-Plakatständer unsachgemäß entfernt zu haben.

Ein vorläufig letzter Strafbefehl richtete sich gegen einen Nürnberger Demonstranten, der auf der Luxemburg-Liebknecht-Demo in Berlin festgenommen und zwei Tage lang festgehalten wurde. In seiner Abwesenheit wurde seine Wohnung durchsucht. Vorgeworfen wurde ihm schwerer Landfriedensbruch. Konsequenz: 1200,- Geldstrafe und acht Monate Knast auf zwei Jahre Bewährung.

Neben der Überhäufung mit Strafverfahren werden auch andere Mittel angewandt:

• Im November 97 kam ein Verfassungsschutz-Beamter zur Arbeitsstelle eines Antifaschisten und zeigte Fotos der letzten Anti-DVU-Demo in Passau. Es sollten DemonstrantInnen namentlich benannt werden. Jegliches Gespräch wurde abgelehnt.

• Der Anmelder einer Demo wurde über Tage von Streifenpolizisten vor seiner Wohnung observiert, die ihm folgten, sobald er das Haus verließ. Im gleichen Zeitraum waren auch andere Antifas von offensichtlichen Obervationen betroffen.

• MitbewohnerInnen, Eltern und NachbarInnen von Antifas wurden von Polizeibeamten aufgesucht und ausge-

horcht.

• Die Vorstände des Internationalen Kulturhauses Nürnberg, wo sich eine öffentliche Anlaufstelle des Antifaschistischen Aktionsbündnisses befindet, erhielten aus unbekannten Gründen Zeugenvorladungen.

• Bei Festnahmen kommt es nicht selten zu körperlichen Übergriffen durch die Polizei.

• Aus fadenscheinigen Gründen hält die Nürnberger Polizei auch mal einen Linienbus auf, um einen Antifa in Handschellen abführen zu können.

Betroffen sind einzelne, gemeint sind wir alle!

Uns ist klar, daß dies alles lange nicht das Schärfste ist, mit dem der deutsche Polizeistaat aufwarten kann. Auffallend ist aber, daß innerhalb des letzten Jahres, d.h. innerhalb relativ kurzer Zeit, die staatliche Repression gegen Antifas in Nürnberg stark zugenommen hat.

Dies ist einerseits einzuordnen in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hin zum Überwachungsstaat. Andererseits liegt auf der Hand, daß mit verschärfter Repression gegen einzelne hier versucht wird, erfolgreiche antifaschistische Strukturen, die sich über Jahre hinweg aufgebaut und verfestigt haben, zu schwächen und letztendlich zu zerschlagen.

Zusätzlich zur Kriminalisierung ganzer linker Gruppen mit den Paragraphen 129/129a sollen hier durch gezielte Maßnahmen gegen Einzelpersonen diese eingeschüchtert und so linkes Widerstandspotential gebrochen werden. Bisher wurde auf diese Art der Repression falsch reagiert. mit den Strafverfahren wurde individuell und lediglich juristisch umgegangen, ohne sie in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Aber gerade weil es immer wieder einzelne sind, die durch Verurteilungen beispielsweise zu hohen Geldstrafen lahmgelegt werden sollen, ist es notwendig, Öffentlichkeit herzustellen und Solidarität mit den betroffenen AntifaschistInnen zu organisieren und zu zeigen.

Antifaschismus ist notwendig, nicht kriminell!

Gemeinsam gegen Naziterror und Polizeistaat!

Solidarität mit den kriminalisierten AntifaschistInnen!



Antifa-Protest in Nürnberg gegen Kriegsverbrecher Diehl

Rote Hilfe Nürnberg-Fürth-Erlangen
c/o Libresso, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg

Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg
c/o Internationales Kulturhaus, Endterstr. 9, 90459 Nürnberg, Tel.: Do. 18-20h 0911/4469738

Soli-Konto: Rote Hilfe Nürnberg-Fürth-Erlangen, Kennwort Antifa, Kontonr.: 160 168 54, Postbank Nbg., BLZ 760100 85

VS erschreckt alte Männer

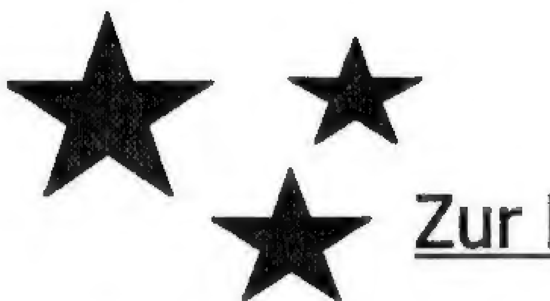
Es geschah vermutlich irgendwann in der letzten Woche, das heißt zwischen dem 30. November und 3. Dezember 1998, in einem Kaff, das Kreuzau heißt. Wo zum Teufel das liegt, werdet ihr euch fragen und was treibt den Verfassungsschutz dahin. Kreuzau liegt am Rande der Eifel, vielleicht 40 km von Aachen entfernt. Unter anderen wohnen da die Eltern von Arthur, aber der lebt schon seit vielen Jahren nicht mehr da.
Arthur lebt in Aachen, fühlt sich in der linken Szene zu Hause und hat Kontakt zu einem politischen Gefangenen, den er in der JVA Köln besucht und dem er ein paar Briefe geschrieben hat. Der Gefangene heißt Bernhard Falk und ist u.a. wg. Mitgliedschaft in der AIZ angeklagt.
Damit es keine Verwechslung gibt: Arthur ist nicht der A. der am 18. Februar 1998 in Aachen vom VS auf die AIZ und die Antirepressionsgruppe angequatscht wurde.
Irgendwann in dieser Woche bekam Theo (Name geändert) Besuch. Theo ist ein alter Bekannter der Eltern von Arthur. Zwei Männer wiesen sich als Mitarbeiter des Innenministeriums NRW aus. Sie hatten eine Akte von Arthur dabei, die auch einige Fotos enthielt, von Arthur, dem Haus in dem er wohnt und einer Frau mit vermutlich langen dunklen Haaren. Die bösen Onkels fragten Theo ob er Arthur kenne und welchen Kontakt er zu ihm habe. Sie schienen gut informiert zu sein, nicht nur über Arthur. sondern auch über seine Schwester und seine Eltern, in deren Leben sie offenbar auch herumgeschnüffelt haben. Sie wollten Auskünfte über Arthur's politische Gesinnung, seine Telefonnummer und ob Theo die nicht für sie herausfinden könne. Sie wollten wissen worüber sich die beiden unterhalten haben bei ihren letzen Kontakten und wo der Laden von Arthur sei. Sie wollten auch wissen, ob er die Frau auf dem Foto kenne.
Offenbar haben die bösen Onkels Theo erklärt er sei zur Verschwiegenheit über dieses Gespräch verpflichtet. Theo hat Ihnen, wie es scheint, alle Auskünfte gegeben, die er geben konnte. Er hat sich sehr erschreckt und die Eltern bekniet auf Arthur einzuwirken, daß der sich nur noch um sein Geschäft kümmern solle. (vergeßt es!).

In der gleichen Woche besuchte ein „seriös gekleideter älterer Herr" in Begleitung eines zweiten Ebensolchen, den Laden von Arthur und unterhielt sich mit Anna. Der Mann gab sich als potentieller Kunde aus und schien sich gut in Arthur's Job eingearbeitet zu haben. Er hielt sich wohl eine Stunde in dem Laden auf, tat sehr interessiert und begeistert, endlich jemand gefunden zu haben, der ihm helfen könne. Er hinterließ seine Mobilfunknummer, damit Arthur ihn anrufen könne. Als der das dann tat hatte der Mann kein Interesse mehr. Er bemerkte noch, daß er im Außendienst tätig sei und sich im Frühjahr wieder melden wolle. Ob er wirklich vom VS war ist nicht gesichert, aber warum sollte ein Kunde beim Hinausgehen den Laden fotografieren.

Es ist schon schlimm genug, wenn der VS sich an vermeintliche StaatsfeindInnen ranmacht, sie fotografiert, abhört, und sonstwie bespitzelt. Es ist der Gipfel, wenn sie auch noch völlig unbeteiligte Leute erschrecken und Menschen mit weitgestreuter Denunziation unter Druck setzen wollen.
Ob Sie sich vorstellen können, daß ihre Aktionen nach hinten losgehen, weil die Menschen, die sie belästigen, ein Gespür dafür haben, wer auf der richtigen Seite steht und sich plötzlich Leute mit Repression beschäftigen, die dieses Wort vorher noch nie gehört haben?

Und immer noch gilt: Anna und Arthur halten's Maul!!!

Salud und Geduld, um das sanfte Messer der Hoffnung zu schärfen!



Zur Privatisierung sexualisierter Gewalt

Eigentlich wäre die Demo zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen eine gute Gelegenheit gewesen, als Überlebende von sexualisierter Gewalt gemeinsam auf die Straße zu gehen.

Das fanden außer uns 2en noch schwindelerregende 40-50 weitere FrauenLesben, die sich trotz allem (Frust und Kälte und so) vom Breitscheid- zum Ernst-Reuter-Platz aufmachten.

Die Demo an sich war nicht ungewöhnlich. Erwähnenswert erscheint uns aber, daß eine gar nicht mal sooo schlecht mobilisierte Demo zu einem Thema, das so viele FrauenLesben betrifft, nur ein klägliches Häufchen Unverwüstlicher auf die Straße brachte.

Daran, daß sich die Zustände irgendwie zugunsten der Frauen geändert hätten, kann es ja kaum liegen. Schon eher daran, daß die Frauenbewegung röchelnd in ihren letzten Zügen liegt und die Motivation, sich politisch irgendwie zu betätigen stark abgenommen hat.

Im öffentlichen Rahmen scheinen FrauenLesben lieber akademische Diskussionen über „zeitgemäßere" Themen wie „Gender und so" zu führen. Das ist (post)moderner und geht außerdem nicht so an die Substanz. Das Thema „sexualisierte Gewalt" ist tendenziell mit mehr persönlicher Betroffenheit und Verletzung verbunden, was eine Auseinandersetzung schmerzhafter macht. Außerdem ist frau verwundbarer gegenüber den Reaktionen anderer. Möglicherweise war die Demo gerade deshalb so schlecht besucht, weil (und nicht obwohl) sie die Gelegenheit bot, sich als Überlebende zu outen.

Dafür daß im Leben von FrauenLesbenMädchen sexualisierte Gewalt so alltäglich ist, gibt es auch in der FrauenLesbenSzene erstaunlich wenig öffentlichen Umgang mit der Gewalt und ihren Folgen. Sexualisierte Gewalt wird zwar nicht als Ausnahme gesehen, aber nur ausnahmsweise thematisiert.

Da wo sie thematisiert wird, nämlich in Beratungs- und Selbsthilfeangeboten, entwickelt die Auseinandersetzung wenig über die persönliche Betroffenheit hinausgehende politische Dynamik - z.B. werden aus Selbsthilfegruppen nur sehr selten Aktionsgruppen, obwohl das eigentlich naheliegend wäre. Das Überleben wird zu einem privaten Problem, die politische Dimension sexualisierter Gewalt bleibt theoretisch.

Das erschwert ein selbstbewußtes öffentliches Auftreten und das Zusammenschließen zu einer Bewegung.

Auch im persönlichen Umfeld gibt es häufig keine sonderlich konstruktive Auseinandersetzung oder solidarische Unterstützung. Stattdessen wird das Überleben in den „Psychobereich" ausgelagert und die Überlebende an „Fachfrauen" weiterverwiesen. Durch diese Professionalisierung entsteht der Eindruck, daß der Umgang mit den Folgen sexualisierter Gewalt einer speziellen Ausbildung bedarf und somit nicht zu den allgemeinen sozialen Fähigkeiten gehört, die frau zu erlernen bemüht ist.

Frauen aus dem sozialen Umfeld der Überlebenden haben dann das Gefühl, hilflos etwas gegenüberzustehen, das für Nichtausgebildete eigentlich nicht zu bewältigen ist, auch wenn es manchmal „nur" darum geht, einer zuzuhören oder sie in den Arm zu nehmen. Einerseits verunsichert die Angst vor zu großer Verantwortung, andererseits sind die Gefühle der Überlebenden vielen zu nah an den eigenen Verletzungen und/oder zu anstrengend.

Wenn Therapeutinnen als Zuständige für ernsthaftere Psychos gesehen werden, dann hat das Schmerzhafte in Alltagsbeziehungen weniger Raum. Sprich: Frau sollte es sich für die Therapiestunde(n) aufbewahren und dafür den Rest der Zeit umso besser funktionieren (frei nach dem kapitalistischen Verwertungsprinzip).

Durch das Sich-nicht-zuständig/kompetent-fühlen, wenn es einer ernsthaft scheiße geht, werden persönliche Beziehungen oberflächlicher und sind im „Notfall" auch nicht so tragfähig. Die Überlebende bekommt dadurch das Gefühl, eine Therapeutin auch tatsächlich zu brauchen.

Wir meinen, daß individuelle Selbstheilung eigentlich mit ernsthaft solidarischem Handeln vereinbar sein sollte. Das setzt allerdings die Bereitschaft voraus, sich auch mit anderen Geschichten als der eigenen zu beschäftigen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Z.B sind die Umstände und Folgen von Gewalterfahrungen wie Prügel und Psychoterror denen von sexualisierter Gewalt sehr ähnlich. Trotzdem werden diese Gemeinsamkeiten selten als solche begriffen und noch seltener in gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Aktion umgesetzt.

Überhaupt erzeugt der tagtäglich erlebte Sexismus erstaunlich wenig Wut und noch viel weniger organisierten Widerstand – wieso zur Teufelin eigentlich nicht???



TERMINE

Donnerstag, 17. Dezember

Berlin: Kino in der Köpi: Chiles hartnäkkige Erinnerung • "Der Tod und das Mädchen" • 21 Uhr • Ort: Köpenicker Str. 137

Berlin: Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Berlin: "Rechtsextremismus, Ursachen und Gegenstrategien", mit: Birgit Rommelspacher, Burkhard Schröder, Christoph Butterwegge und der AAB • 18 Uhr • Ort: FU Berlin, Henry-Ford Bau, Hörsaal C, Garystr. 35

Berlin: Veranstaltung zum Gedenken an Dieter Kunzelmann • 20 Uhr • Ort: Kato, U-Bahnhof Schlesisches Tor

Trier: Vortrag der Aktion Dritte Welt Saar: "Was kann denn der Mohr dafür, daß er nicht so weiß ist wie Ihr?"• 20 Uhr • Ort: Tuchfabrik, Kleiner Saal

Marburg: Veranstaltung der Marburger Geschichtswerkstatt zur Rolle der Behringwerke innerhalb der IG-Farben • 19 Uhr 30 • Ort: Unigebäude Biegenstraße, Hörsaal 6

Bochum: Internationalismus-Woche: "Fremdenfeindlichkeit in Griechenland" • 16 Uhr • danach: "Der Friedensprozeß in Israel und Palästina" • 19 Uhr • Ort: Asta Kulturcafe, Universitätsstraße 150

Freitag, 18. Dezember

Berlin: Riff Raff -Komödie über den Niedergang der britischen Arbeiterklasse zur Zeit der Thatcher-Regierung • 20 Uhr • Ort: Größenwahn, Kinzigstr. 9

Bochum: Internationalismus-Woche: "Globalisierung und die Folgen in Kurdistan" • 16 Uhr • danach: "Religionspsychologie" • 19 Uhr • danach: Internationalismus-Fete • 22 Uhr • Ort: Asta Kulturcafe, Universitätsstraße 150

Marburg: Aktion vor dem Werkstor der Behring-Werke • 15 Uhr

Marburg: Veranstaltung der Marburger Geschichtswerkstatt: "Das November-Pogrom und die Arisierung" • 20 Uhr • Ort: Havanna 8, Lahntor 2

Recklinghausen: Veranstaltung zur Entwicklung der rechten Szene: "National befreite Zonen"• 20 Uhr • Ort: Brechtzentrum, Herner Str. 43

Greifswald: Spielfim: "Die Weiße Rose" • 19 Uhr • Ort: Jugendzentrum klex, Lange Str. 14

Samstag, 19. Dezember

Hannover: Antifa-Demo gegen geplanten NPD-Aufmarsch • 10 Uhr • Ort: Braun-Ecke Königsworther Str.

Köln: Vorbereitungstreffen für Mobilisierung gegen EU- und Weltwirtschafsgipfel im Juni 1999 • 13 Uhr • Ort: Asta der Uni Köln, Universitätstr. 16

Berlin: Veranstaltung von Mittelamerika Soligruppen: "Mitch dreht ab, Die Katastrophe bleibt" mit Länderberichten, Infoständen, musikalischem Begleitprogramm & Getränken • 19 Uhr • Ort: Mathegebäude der TU, Straße des 17. Juni 136, Hörsaal H1

Sonntag, 20. Dezember

Berlin: "Miethaie zu Fischstäbchen", Vegan-vegetarisches Prozeßkosten-Soli-Frühstück für die Niederbarnimstr. 24 • Ort: Cafe Größenwahn

Berlin: Vollversammlung wegen drohender Köpi -Räumung: "Köpi bleibt!!!", 16 Uhr • Ort: Köpi 137

Hannover: Veranstaltung zur Kriminalisierung der Passauer Antifas • 17 Uhr 30 • Ort: Jugendantifa-Cafe, Sturmglocke auf dem Sprengelgelände, Schaufelder Str. 33

Hannover: Koordinierungstreffen für die Karawane zum EU- und WWG-Gipfel in Köln im Juni'99 • 12 Uhr • Ort: Wagenplatz in der Helmkestr.

Dienstag, 22. Dezmber

Hannover: Kino im Sprengel: "Fourth Trashnight before Christmas" • 20 Uhr 30 • Ort: Sprengelgelände, Schaufelder Str. 33

Mittwoch, 23. Dezember

Münster: Anti-Weihnachtliches-Abhängen mit Überraschungsfilm • 20 Uhr • Ort: Baracke, Scharnhorststr. 100

Donnerstag, 24. Dezember

Berlin: Weihnachtsparty im EX ab 22 Uhr - gute Stimmung, schöne Musik und viel Geld für den internationalen Kongreß "Befriedung und Befreiung" Ostern 1999 in Berlin • Ort: Gneisenaustr. 2a

Freitag, 25. Dezember

Berlin: "Fruit Love Bar" mit Cocktails, Snacks und Weihnachsfilmen • 22 Uhr 30 • Ort: Zielona Gora, Grünberger Str. 73

Hamburg: The X-Mas-Showdown mit Raggae, Ragga, Dancehall • 23 Uhr • Ort: Rote Flora, Schulterblatt 71

Sonntag, 27. Dezember

Hannover: Weihnachtsüberraschungs-Film • 17 Uhr 30 • Ort: Jugendantifa-Cafe, Sturmglocke auf dem Sprengelgelände

Hamburg: Jubiläumsparty: "2 Jahre Club der kulturell Verunsicherten" • 22 Uhr • Ort: Rote Flora, Schulterblatt 71

Mittwoch, 30. Dezember

Hannover: Kino im Sprengel: "Silvester Countdown" • 20 Uhr 30 • Ort: Sprengel

Donnerstag, 31. Dezember

Berlin: Silvesterparty ab 22 Uhr • Ort: Kastanienstraße 85

Berlin: Frauen-Lesben-Silvesterball ab 22 Uhr • Ort: EX

Berlin: Auch dieses Jahr fehlen die Gefangenen: "Silvester zum Knast" • Zeit: 23 Uhr 30 • Ort: U-Bahnhof Turmstr.

Hamburg: Silvesterparty: "A plate of coloured gum" • Ort: Rote Flora

Hannover: Kino im Sprengel: "Silvester Countdown" • 20 Uhr 30 • Ort: Sprengel

Mittwoch, 6. Januar

Münster: Film von AK Kraak: Geld oder Leben. Eine Karawane gegen den Neoliberalismus zieht nach Genf • 20 Uhr • Ort: Baracke, Scharnhorststr. 100

Sonntag, 10. Januar

Berlin: Bundesweiter revolutionärer Antifablock bei der Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemonstration • 10 Uhr • Ort: Platz der Vereinten Nationen

Dienstag, 12. Januar

Hannover: Veranstaltungsreihe zur Expo: "Metropolitane Stadt und sozialer Krieg, Vertreibungs- und Ausgrenzungspolitik in den Städten als Folge weltweiter neoliberaler Strategien" • 19 Uhr 30 • Ort: Evangelische Fachhochschule, Aula, Blumhardstr. 2

"... Das möchte man den Meinungs-
soldaten entgegenhalten, wenn sie,
mit vorgehaltener Moralpistole, den
Schriftsteller in den Meinungsdienst
nötigen. "

Martin Walser, gequält von der
Dauerschuld, schon mehr als
20mal weggeschaut.

2. Platz
Arsch '98